Völkischer Beobachter

Kampfblatt der nationalsozialistischen Bewegung Großdeutschlands

Herausgeber: Dietrich Eckart

Erscheint wöchentl. Bezugspreis im Inland durch die Post monatlich M. 4500,—, unter Streifband monatlich M. 6500,—. Anzeigen-Annahme nur Schellingstraße 39/I n. aufliegendem Tarif. Schriftleitung: München, Schellingstr. 39/I, Fernruf 23695, 27460. Sprechstunden: Täglich nur von 10—11 Uhr vorm.

Geschäftsstelle München: Thierschstraße 15. / Fernruf 20647. / Drahtanschrift: „Beobachter München". / Geschäftszeit: Vormittags 8-12, nachmittags 2-6 Uhr, Samstag 8-1 Uhr. / Postscheckkonto Fr. Eher Nachfolger, G. m. b. H., München 11346. / Bankkonto: Hansabank e. G. m. b. H., München, Herzog-Wilhelmstraße 12.

Streifbandbezugsgebühr für April im Ausland: Österreich Kr. 25000,—, Ungarn Kr. 1500,—, Tschechoslowakei 12 Kč., England u. bisher. deutsche Kolonien 1 sh., Jugoslawien 40 Dinar, Italien 10 Lire, Holland 1½ fl., Verein. Staaten 1 Dollar, Schweiz u. die übrigen dem Weltpostverein angeschl. Staaten 3 Schwz. Franken.

Postsparkasse Wien, Konto 79921, Franz Eher Nachfolger, G. m. b. H. — Deutsche Gewerkschafts- und Genossenschaftsbank Reichenberg, Postscheckkonto 64863 beim Postscheckamt Prag (Angabe für Franz Eher Nachfolger, München, auf dem Erlagschein erforderl.)

89. Ausg., 37. Jahrg. — München (Donnerstag/Freitag), den 10./11. Mai 1923 — Preis 200 Mark

F.I.M. Rehse Archiv f. Zeitgeschichte u. Publizistik München

Der Justizmord in Werden

F.I.M. Rehse Archiv f. Zeitgeschichte u. Publizistik München

Krupp zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt

tu. **Werden**, 8. Mai. Nach und nach füllt sich der Saal mit einer dichtgedrängten Menschenmenge, die das Urteil erwartet. Auch der Uniformen sind bedeutend mehr geworden. Von halb 6 Uhr bis 6 Uhr dauerte die Urteilsverkündung. Die Schuldfragen werden fast durchwegs bejaht. Krupp wird zu 15 Jahren Gefängnis und 100 Millionen Mark Geldstrafe verurteilt. Die Direktoren Hartwig und Osterle zu denselben Strafen. Direktor Bruhn zu 10 Jahren Gefängnis und 100 Millionen Geldstrafe, die Direktoren Baur, Schäfer, Cuntz und Schräpler in Abwesenheit zu 20 Jahren Gefängnis und 100 Millionen Mark Geldstrafe. Groß in Abwesenheit zu 10 Jahren Gefängnis und 50 Millionen Mark Geldstrafe. Das Betriebsratsmitglied Müller wird zu 6 Monaten Gefängnis, sowie die beiden Motorraddiebstahlbeschuldigten zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt.

Das Urteil gegen Krupp wurde mit 3 gegen 2 Stimmen beschlossen; die anderen Urteile einstimmig.

Nach Schluß der Sitzung ist die Straße wieder wie gestern abgesperrt und die Verurteilten fuhren wieder in ihre Haft.

Die Reichsregierung zum Werdener Schreckensurteil

tu. **Berlin**, 9. Mai. Amtlich wird mitgeteilt: Ein französisches Kriegsgericht hat am Dienstagnachmittag in Werden an der Ruhr, wo es nach Rechts- und Friedensvertrag nichts zu suchen hat, den Chef der Firma Krupp, Herrn Krupp von Bohlen und Halbach zu 15 Jahren Gefängnis und 100 Millionen Mark Geldstrafe, acht leitende Beamte der Kruppschen Werke zu Gefängnisstrafen zwischen 20 und 10 Jahren und je 100 Millionen Mark Geldstrafen, ein Betriebsratsmitglied zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. In unerhörter Vertauschung der Rollen haben die Verbrecher über ihre eigenen Opfer zu Gericht gesessen und ein Urteil gesprochen, das die Untat durch eine zweite verdecken will. Ein Gericht, das kein Gericht ist, weil es keine Spur von Recht hat, auf deutschem Boden Recht zu sprechen, hat ein Urteil gefällt, das kein Urteil ist, sondern reine Gewalttat.

Nicht die Mörder der 14 Arbeiter, die am Karsamstag dem franz. Militarismus schuldlos zum Opfer fielen, hat die französische Militärjustiz verurteilt, sondern zehn ehrenhafte vaterlandsliebende deutsche Bürger, Männer, die nicht einmal an der friedlichen Demonstration der Krupparbeiter gegen den militärischen Raubüberfall auf ihre Arbeitsstätten beteiligt waren, sind mit maßlosen Strafen belegt worden.

Mit einem Schrei des Entsetzens wird dieses Schreckensurteil in Deutschland aufgenommen werden, mit einem Schrei der Empörung muß sie es in der ganzen Welt, wo nicht das Gefühl der Menschlichkeit erstorben ist, zurückgewiesen werden. Nicht Recht zu finden galt es hier für das französische Militärgericht, sondern sich in den Dienst machthungriger Gewaltpolitiker zu stellen. Die französische Justiz hat sich damit unverhüllt zur Dirne des französischen Militarismus erniedrigt. Die Richter haben sich selbst verurteilt und niemand wird ihnen den Platz am Pranger neiden, auf den sie sich selbst gestellt haben. Ruhrgebiet und Rheinland werden — des sind wir gewiß — auch diesem beispiellosen Terror ihrer Peiniger nicht erliegen, sondern in gleicher Treue und Opferwilligkeit, die bisher alle Schichten der Bevölkerung an den Tag gelegt haben, ausharren, bis Recht wieder Recht geworden ist.

Ebert an den Krupp'schen Betriebsrat

tu. **Berlin**, 9. Mai. Ebert hat an das Direktorium und an den Betriebsrat der Krupp-Werke in Essen folgendes Telegramm gerichtet:

Aufs tiefste empört, erhalte ich die Nachricht von dem Machtspruch des französischen Militarismus, der den Vorsitzenden des Aufsichtsrats und die Mitglieder des Direktoriums wie des Betriebsrates der Krupp-Werke zu unerhörten Freiheitsstrafen verurteilt. Dieser, jeder menschlichen Gerechtigkeit hohnsprechende Gewaltakt wird überall, wo noch Gefühl für Recht und Gerechtigkeit besteht, mit Entrüstung und Verachtung aufgenommen werden und in der Geschichte der Völker als eines der häßlichsten Beispiele rohester Unterdrückung des Rechts durch brutale Gewalt weiterleben.

Reichskanzler Cuno hat ein Telegramm gleichen Inhalts abgesandt.

Die Berliner Presse zum Werdener Urteil

tu. **Berlin**, 9. Mai. Die Berliner Presse widmet der Schlußverhandlung im Krupp-Prozeß breiten Raum und verurteilt nahezu einstimmig das — wie der „Berl. Lokalanz." sagt — befohlene Urteil.

Der Kommentar des „Tag" schließt mit folgenden Worten: Da es sich um keine Justiz, sondern um einen Racheakt handelt, so spielen die Äußerungsformen dieses gallischen Deliriums im einzelnen keine Rolle. Was der Haß diktiert und die rohe Gewalt verordnet, kann nicht Gegenstand einer sachlichen prozessualen Auseinandersetzung sein.

Die „Deutsche Allg. Zeitung" fordert, für die Zukunft passive Resistenz bei kommenden Gerichtskomödien anzuwenden. — „Komödien"?

Der „Vorwärts" schreibt: Was die sozialdemokratischen Arbeiter des Ruhrreviers — und die sind in der Mehrheit — sonst auch mit den Vertretern des Kapitalismus auszufechten haben mögen, in ihrer Ablehnung der französischen Gewaltpolitik und in dem Willen, ihr passiven Widerstand zu leisten, sind sie sich völlig einig. (Wer das glaubt?)

Das „Berliner Tageblatt" schreibt: Wieder hat am gestrigen Tag ein französisches Kriegsgericht der Wahrheit und Gerechtigkeit ins Gesicht geschlagen, und das Verfahren, welches gestern mit einer beispiellosen Verhöhnung der Gerechtigkeit schloß, erinnert auch in den Einzelheiten an den Fall Dreyfuß. — Also auch hier muß man für **jüdische Verräter** Propaganda machen!

Curzon und Baldwin über die Antwort an Deutschland

tu. **London**, 9. Mai. Gestern gaben Lord Curzon im Oberhaus und Schatzkanzler Baldwin im Unterhaus gleichlautende Erklärungen über Englands Antwort auf die deutsche Reparationsnote ab. Es heißt darin, daß es nach Ansicht der englischen Regierung das Beste und Natürlichste gewesen wäre, wenn auf die deutsche Reparationsnote, da diese Frage doch nicht nur ein französisch-belgisches Problem sei, sondern die Alliierten in ihrer Gesamtheit anginge, mit einer gemeinschaftlichen Note erwidert worden wäre, eventuell mit der Variation, daß Frankreich und Belgien in Sonderauslassungen sich mit den aus ihrer Ruhrbesetzung sich ergebenden Fragen beschäftigen. Die englische Regierung glaubte, annehmen zu können, daß ihre Verbündeten sich diese Anschauung ebenfalls zu eigen gemacht hätten und war schon darauf vorbereitet, Vorschläge zu diesem Zwecke zu machen, nachdem sie ihre eigenen Ansichten den alliierten Regierungen bereits mitgeteilt hatte. Die englische Regierung bedauert die unnötige Übereiligkeit der französisch-belgischen Antwort ebenso, wie die dadurch verlorengegangenen Aussichten, die ihrer Meinung nach in einem gemeinsamen, die Einigkeit der Alliierten wahrenden Schritt gelegen hätten. Trotzdem fühle sich die englische Regierung aber nicht von ihrer Verpflichtung befreit, von sich aus auf die deutsche Note zu antworten und sie glaube annehmen zu können, daß die italienische Regierung, deren Haltung im allgemeinen derjenigen Englands gleichkommt, einen entsprechenden Schritt unternehmen werde.

Das englische Ultimatum an Sowjetrußland

tu. **London**, 9. Mai. Der englische Vertreter in Moskau hat der Sowjetregierung eine Note überreicht, in der erklärt wird, daß England, falls die Sowjetregierung nicht binnen 10 Tagen die von England spezifizierten Bedingungen erfülle, sich nicht mehr an die Bedingungen des englisch-russischen Handelsabkommens gebunden fühlen.

Französische Kammerdebatte

tu. **Paris**, 9. Mai. Die Kammer nahm gestern nachmittags ihre Sitzungen wieder auf und erlebte gleich zu Beginn eine Reihe kleinerer Zwischenfälle, die Poincaré veranlaßten, die Rednertribüne zu besteigen. Zunächst ergriff der aus der Haft entlassene Kommunist **Cachin** das Wort. Nach kurzer Geschäftsordnungsdebatte sprach dann **Poincaré**, der betonte, daß die Kammer mindestens dreimal in diesem Monat Gelegenheit haben werde, über die äußere Politik der Regierung zu verhandeln, nämlich anläßlich der Debatte über die Ruhrkredite, ferner über die ersetzbaren Ausgaben sowie über das Budgetzwölftel. Heute werde er der Kammer nur sagen, daß mit dem, was die belgische und französische Regierung Deutschlands mitgeteilt haben, alles gesagt sei, und er dem nichts hinzuzufügen habe. Nun aber ergriffen Abgeordnete der bürgerlichen Parteien, unter denen **Herriot** und **Leygues**, das Wort, um die sofortige Behandlung der Interpellationen über die Unterrichtsreform zu fordern. Darüber entspann sich eine längere Debatte. Im weiteren Verlauf der Sitzung hat die Kammer dann Poincaré mit 498 gegen 76 Stimmen das Vertrauen ausgesprochen und die Interpellationen über die Ruhrpolitik, dem Antrag der Regierung entsprechend, vertagt.

Polen und Litauen

tu. **Warschau**, 9. Mai. Der litauische Ministerpräsident und Außenminister hat an den Generalsekretär des Völkerbundes eine Note gesandt, in der es heißt:

1. Litauen protestiert gegen die Entscheidung des Völkerbundes und der Botschafterkonferenz in Sachen der Ostgrenze Polens;

2. Litauen protestiert gegen den Antrag des Völkerbundsrats betreffend die Entscheidung über die neutrale Zone;

3. Litauen verlangt Überweisung der strittigen Angelegenheit an das internationale Schiedsgericht im Haag;

4. Litauen fragt an, ob es infolge der Verletzung der neutralen Zone berechtigt sei, kriegerische Schritte gegen Polen zu unternehmen.

Die politische Lage in Serbien

tu. **Belgrad**, 9. Mai. Das neue Parlament wird am Montag seinen Präsidenten wählen. Für diese Stelle ist der bisherige Kultusminister **Jovanowitsch** ausersehen. Dadurch wird eine Umbildung der Regierung notwendig seien, da die Ministerien für Handel, Ackerbau und Kultus neu besetzt werden müssen.

Das Wesen des Ruhrkampfs

Krupp und die anderen Direktoren sind also verurteilt. In ganz Deutschland wird diese Nachricht eine ungeheure Empörung hervorrufen, aber lange nicht alle werden sich darüber im klaren sein, **was** dieser Justizmord, abgesehen von der offenen Verhöhnung Deutschlands, bedeutet.

Eine Reihe hervorragender technischer Leiter eines Riesenwerkes sind unschädlich gemacht worden. Und wenn sie auch ersetzt werden, so bedeutet ihr Ausscheiden doch sicherlich eine empfindliche Lücke. Für die übrigen Direktoren der Ruhrwerke wiederum soll das Urteil ein Schrecken sein, entweder ihren Betrieben fernzubleiben oder gegebenenfalls dasselbe Schicksal auf sich zu nehmen wie Krupp und seine Gehilfen.

Nun muß man sich darüber im klaren sein, daß dies die planmäßige Zermürbung und Vernichtung des Widerstandswillens der Ruhrbevölkerung bedeutet. Sie möge in grimmiger Wut die Fäuste ballen, sie möge protestieren, nun sie durch das Novemberverbrechen und durch die Erfüllungspolitik waffenlos gemacht, durch Ausweisung führender Beamten, durch Einkerkerung leitender technischer Köpfe **führerlos** gemacht wird, wird ihr Widerstand ein immer richtungsloserer, chaotischer werden.

Ebert protestiert, Cuno protestiert, an 2000 Proteste sind schon seit drei Jahren nach Paris gegangen, die dort nur mit Hohn und Gelächter empfangen wurden. Auch die jetzigen. Es erhebt sich jetzt die Schicksalsfrage: Was hat die Reichsregierung seit dem Ruhreinfall getan, um hinter den Ruhrkämpfern ein einiges Deutschland aufzubauen? Hat sie an die nationalen Instinkte appelliert? Hat sie die völkischen Leidenschaften entfacht? Hat sie jeden Franzosenfreund und Pazifisten als Verräter gebrandmarkt?

Nein!

Vier Monate sind verstrichen, und während an der Ruhr heute ein verzweifelter Widerstand vor sich geht, verraten und verkaufen Marxisten und Demokraten unser Volk weiter an den Erbfeind. Alle ihre Proteste sind verlogen bis in die „Seele" hinein, denn in dem Augenblick, wo der nationale Wille **organisiert** werden soll, werden seine Vertreter ins — **deutsche** Gefängnis gesperrt, ihre Organisationen aufgelöst.

Die tieftraurige Lage von heute besteht nicht nur darin, daß uns Verräter unserer Waffen beraubten und Schwächlinge sie auslieferten, sondern darin, daß der **Wille** zur nationalen Selbstbehauptung abhanden bekommen ist.

Vielleicht hilft die Verurteilung Krupps ein wenig. Vielleicht weckt sie Hunderttausende aus ihrer pazifistischen Hypnose. Vielleicht erwacht das eingeschlafene Ehrgefühl wieder.

Dann aber möge sich dieses neu erwachende Deutschland sagen, daß seine erste Pflicht ist, den Kämpfern an der Ruhr zu beweisen, daß es ihm mit dem Kampf um die Freiheit der Ruhr und des Rheins Ernst ist, daß die Volksverräter rücksichtslos niedergeschlagen werden, daß etwas wieder entsteht, was seit 1914 und 1915 nicht mehr da war: die **völkische** Einigkeit. Geschieht das, und ist das Schreckensurteil in Werden **ein** Anlaß zum Erwachen gewesen, so war dies Opfer nicht vergebens!

Deutsches Volk, erwache!

„Deutsches" Reich

Reichstagsstimmungsbild

tu. **Berlin**, 8. Mai. In der heutigen Reichstagssitzung wurde zunächst ein von den bürgerlichen Parteien eingebrachter Initiativantrag angenommen, welcher die Gültigkeit des Ruhrnotgesetzes bis zum 31. Oktober 1923 verlängert. Der Etat des allgemeinen Pensionsfonds wurde angenommen. Beim Haushalt für die Ausführung des Friedensvertrages wurde festgestellt, daß hier die Ausgaben schon 2¼ Billion betragen. Die Gesamtleistung macht über 50 Milliarden Goldmark aus, der Gesamtverlust Deutschlands unter Einrechnung des Wertes von Elsaß-Lothringen, Oberschlesien und der Kolonien sogar 100 Milliarden. Auch dieser Haushalt wurde genehmigt. Dann kam die dritte Lesung des Versammlungssprengungsgesetzes an die Reihe, das im Reichstag bis jetzt ein so ungünstiges Schicksal gehabt hat. Diesesmal waren die Aussichten von vornherein geändert, weil ein Kompromißantrag aus dem Zentrum und den Demokraten vorlag, der den Beschlüssen der zweiten Lesung folgendes hinzufügt: „Wer in nicht- oder bei nicht verbotenen Aufzügen oder Kundgebungen Gewalttätigkeiten in der Absicht begeht, die Versammlung, den Aufzug usw. zu sprengen, wird mit Gefängnis und mit Geldstrafe, oder mit einer dieser Strafen bestraft." Dieser Kompromißantrag wurde gegen die Linke angenommen, unter Ablehnung eines deutschnationalen Ergänzungsantrages. In der Schlußabstimmung wurde das Gesetz gegen die Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen. Das Haus begann dann noch die zweite Lesung des Etats des Reichsfinanzministeriums, die morgen mit der bekannten Interpellation über den Marksturz auf der Tagesordnung steht.

Dr. Joseph Wirths Verlobung

Bekanntlich ging vor längerer Zeit die Nachricht durch die Blätter, Dr. Joseph Wirth, der Freund der Rathenau und Bernhard, wolle seine Liebe zum Judentum durch eine Verlobung mit der Jüdin Gutmann besiegeln. Die jetzt wieder erscheinende „Schlesische Volksstimme" berichtet nun über den Fall folgendes, was auch unsere Leser sicher interessieren wird, um so mehr, als für Dr. Joseph Wirth in geheimen Wandelgängen schon wieder Stimmung gemacht wird. Die „Schlesische Volksstimme" schreibt:

„Wie unseren Lesern erinnerlich sein wird, brachten wir in unserer Nummer vom 1. Dezember 1922 jene Mitteilung von Dr. Wirths Verlobung mit der Jüdin Selma Gutmann-Auerbach. Wir hatten diese Mitteilung, die durch die ganze demokratische und rechtsstehende Presse ging, der Wochenschrift „Zur Vertiefung republikanischer Politik", „Deutsche Republik" (Berlin) entnommen, der wir, wie wir ausdrücklich betonten, die Verantwortung für die Richtigkeit der Nachricht überlassen mußten. Reichlich drei Wochen nach unserer Mitteilung fiel es nun Dr. Wirth ein, in einem Schreiben an die „Schlesische Volkszeitung" (bei welchem nicht an uns unter Berufung auf § 11 des Preßgesetzes!!) uns zu „berichtigen", was die Zentrumspreßmeute von der Ostsee bis zum Bodensee benützte, ein Wutgeheul anzustimmen und Gift und Unflat über **uns** auszugießen. Bei weitem nicht über die, die die Nachricht aufgebracht hatten, wie man es hätte erwarten müssen. Nur

alerweise kommen wir heute auf die Sache nochmals (durch das Verbot leider reichlich spät) zurück, um unsere Leser von Dr. Wirths „Berichtigung“ in Kenntnis zu setzen. Seine Verlobung mit Frau Selma Guttmann (mit „tt“! Schriftl.) sei frei erfunden, schrieb Dr. Wirth an die „Schlesische Volkszeitung“. Zwar sei gar nicht ausgeschlossen, daß der Zustand des Junggesellentums sich einmal ändere.

Dazu haben wir kurz folgendes zu bemerken: 1. daß Dr. Wirth mit Frau Selma Guttmann sich verlobt habe, haben wir nicht behauptet. Bei einem in Dialektik geschulten Manne sind die zwei „t“ bei weitem keine Nebensächlichkeit, sondern gerade das, worauf es ankommt. 2. Kommt es darauf an, was man unter „Verlobung“ versteht. Daß Dr. Wirth mit der Gutmann, geb. Auerbach, herzenseinig geworden sei, halten wir noch vollständig aufrecht. Daß er sich öffentlich verlobt habe oder verloben wird, können wir nicht annehmen. 3. Wie uns aus Berlin aus mit der Familie Gutmann bekannten Kreisen mitgeteilt wird, heißt die „Braut“ Dr. Wirths nicht Selma, sondern Wera Gutmann. Dr. Wirth konnte also mit gutem Gewissen „berichtigen“. 4. Die „Schwiegermutter“ Dr. Wirths, Frau Mascha Herzfeld, hat alles getan, um dem Gerücht von Dr. Wirths Verlobung vor allem in Börsenkreisen Nahrung zu geben, weshalb auch die Wiener „Neue freie Presse“ die Nachricht brachte. 5. Es steht fest, daß Herr Dr. Wirth in der Villa der Frau Wera Gutmann-Herzfeld in Dahlem ein und aus geht und dort ständiger Gast ist. 6. Hat es die „Germania“, das Leib- und Magenblatt des Herrn Wirth, peinlichst vermieden, sich zur Sache zu äußern, während selbst das „Berliner Tageblatt“ die Sache aufgriff. Herr Dr. Wirth scheint also gerade da, wo er bekannt ist, auf ein besonders wirksames Dementi keinen Wert zu legen. Nach alledem können wir es unseren Lesern überlassen, zu beurteilen, was es mit Dr. Wirths Verlobung auf sich hat.“

Wir auch . . .

Akademische Kriegsteilnehmer! Kommilitonen!

Die düsteren Prophezeiungen, die bei Abschluß des Schmachfriedens von Versailles die Gemüter der Einsichtsvollen mit tiefer Besorgnis erfüllten, sind eingetroffen. Der Erbfeind — und welcher Aufrechte leugnet jetzt noch die unerbittliche Wahrheit dieses Wortes? — hält seit 1918 das Rheinland besetzt und verheert von Anbeginn des Jahres 1923 in Verachtung aller völkisch verbrieften Rechte unter grausamen Maßnahmen die niedersächsische Reichsmark, das freie Westfalen Wittekinds. Schon wetzt der westliche Eindringling mit der unersättlichen Raubgier, die ihm von alters her eignet, die blutbesudelten Krallen, um neue Fetzen heiligen Bodens vom zuckenden Leibe unseres Vaterlandes loszureißen, während uns, ohne Wehr und Waffen, in einer Lage voll unsäglicher Schande, wie sie einzig in der Weltgeschichte dasteht, nichts übrig zu bleiben scheint, als in ohnmächtigem Grimm die Not unserer Volksgenossen zu beweinen. — Passiver Widerstand in Ehren, — aber, Hand aufs Herz! — wer von euch, an die sich dieser Aufruf wendet, akademische Kriegsteilnehmer und Kämpfer von Flandern und Verdun, brächte angesichts der ungeheuerlichen gallischen Verbrechen noch länger die Geduld auf, diesem Altarfrevel zuzuschauen, der nicht allein das Blut unserer Brüder einer fluchwürdigen imperialistischen Fratze opfert, sondern darüber hinaus das Evangelium unseres Glaubens: die geistigen und sittlichen Schätze unserer Nation in einer höllischen Messe dem Gelächter von Henkern, Huren und Dieben preisgibt?

An Rhein und Ruhr steht die Phalanx kriegserprobter Kommilitonen in geschlossener Abwehr. Man hat die Bürger der dortigen Hochschulen ausgewiesen, mit Mißtrauen verfolgt und mißhandelt, nur um einen um so glühenderen unauslöschlichen Haß in ihren Seelen zu schüren. Die von Barbaren zerrissenen und zerstreuten Blätter der Bibliotheken und Archive, vernichtetes Kulturgut und das zerstörte Räderwerk fleißiger Betriebe, das der Fußtritt von Negern zum Schaden eines ganzen Erdteils lahmlegte, — die ungezählten Seufzer Hungernder und Kranker, das Martyrium unschuldiger Kinder und geschändeter Frauen — nichts, nichts von alledem bis zum offenkundigen Meuchelmord ist im Gedächtnis der rheinischen und westfälischen Akademiker ungebucht geblieben, und eine geheime Gesetzmäßigkeit des Ausgleichs, die wir als Gottes Finger groß und gewaltig über dem Gebot der Stunde fühlen, drängt ungestüm zur Entscheidung!

Das Maß des Erträglichen ist übervoll. Wohlan denn, Kommilitonen — und keiner von euch halte fürder hinterm Berge mit seiner wahrhaften Gesinnung! — vereint mit der unentwegten Schar eurer rheinischen und westfälischen Kameraden wahrt und verteidigt das Vermächtnis eurer Rasse: eure Sprache, eure nationale Einheit und Selbständigkeit und euer germanisches Gewissen! — Täusche sich keiner von euch über den Ernst der Stunde hinweg. Es gibt nur ein Entweder — Oder: Versklavung oder Ermannung!

Genug und aber genug der Erörterungen und kluger oder resignierter Ratschläge! Wohl bleibt es nach wie vor Pflicht eines jeden, die Regierung zu stützen und durch Propaganda im In- und Ausland die Ruhrspende werktätig zu fördern. Über allem und allem jedoch steht die Erkenntnis, daß der letzte entscheidende Kampf, wie auch immer das Ruhrabenteuer enden mag, mit dem Schwerte ausgefochten werden muß!

An die akademische Jugend ging 1914 der Appell. Sie konsolidierte sich zu einer Gesamtheit der akademischen Kriegsteilnehmer und kämpfte 1918 und später erfolgreich gegen russischen Bolschewismus und polnisches Räubertum und für Erhaltung der deutschen Süd- und Ostgrenzen. — 1923 ergeht abermals der Appell. Wir ahnen, daß er ein Generalappell sein wird und seine Parole ist eindeutig. — Keiner der akademischen Kriegsteilnehmer vergesse seinen Platz in dem unsichtbaren Streit, der seine Reihen in der Stille ordnet und mit einer Leidenschaft, die nur der Einklang von Intellekt und lauteren Gefühlen verleiht, seine Stollen und Sappen an die Oberfläche eines vielhunderttausendfachen Willens treibt, der das Licht der Sonne nicht zu scheuen braucht.

Die akademische Jugend voran, und Gott mit ihr!

Reichsverband akadem. Kriegsteilnehmer

Die Juden in der Türkei

Der Weltkrieg und die Entthronung des Zaren und des Kaisers, das war der große Schlag. Vorher gab es verschiedene Etappen auf dem Wege zu dem großen Ziele, das sich Alljudaan vorgenommen hat. Ein Meilenstein auf dem Wege war die Revolutionierung des osmanischen Reiches im Jahre 1908 und die Absetzung des Sultans, die ein Jahr darauf erfolgte. Es war das eine Art Generalprobe für den Hauptschlag der 1914—18 geführt wurde. Auch jetzt noch spielen die Juden eine erkleckliche Rolle in der Türkei, wenn sie gleich durch den erwachenden Nationalismus der Osmanen, durch die feste Haltung von Angora erheblich gedämpft worden sind. In jedem Falle haben sie eines erreicht: den zionistischen Judenstaat.

In Friedenszeiten sollen von der Gruppe, die sich um den Newyorker Finanzmann Jakob Schiff versammelte, nicht weniger als drei Milliarden Pfund der hohen Pforte geboten worden sein, wenn sie eine Massenniederlassung der Juden in Palästina erlaubte. So hat mir wenigstens ein amerikanischer Gewährsmann, der rühmlich bekannte Oberst Emerson, erzählt. Man kann hierbei davon absehen, daß den führenden Großjuden selbst die Errichtung eines zionistischen Staates gar nicht erwünscht kommt, daß es ihnen ja nicht um eine Isolierung, eine örtliche Beschränkung — das neue Staatswesen Palästina ist ja kaum ein Drittel so groß wie Bayern —, sondern vielmehr um die Weltherrschaft zu tun ist. Immerhin bietet Jerusalem in jüdischen Händen ein bequemes und sicheres Ausfalltor gegen die ganze weite Welt des Orients. Ist es doch eine strategische Notwendigkeit, wenn eine Front sich stark verschiebt, wenn neue weitausschauende Angriffe geplant werden, das Hauptquartier möglichst nahe an den neuen Feind, an die neue Front heranzuschieben. Nun aber ist durch die Ereignisse und die Ergebnisse des Weltkrieges und nicht minder durch die steigende Wichtigkeit des Erdöls für die Gesamtindustrie der Erde und für alle Kriegführung, des Erdöls, für das Vorderasien um so bedeutender wird, je rascher sich die Vorkommen in Amerika erschöpfen, der orientalische Schauplatz von einer Bedeutung geworden, die man noch vor einigen Menschenaltern nicht ahnen konnte. Grund genug, um einen Rückfluß der Kinder Abrahams nach Westasien zu fördern.

Nach den Berechnungen Harnacks gab es zur Zeit Christi in Westasien über drei Millionen Juden. Die Kriege der römischen Kaiser, Titus und Hadrian, haben gewaltig aufgeräumt, haben wohl eine Million von Juden vertilgt und die Mehrzahl des Restes zur Flucht, zur Auswanderung nach anderen Erdteilen veranlaßt. Der heilsame Schrecken hat über anderthalb Jahrtausende lang angehalten. Noch um 1880 erhob sich die Zahl Israels in ganz Asien auf nicht mehr als eine halbe Million. Seitdem ist sie langsam und seit 1900 rascher gestiegen. Zum Teil trägt die Schuld daran Sibirien, indem schon vor Eröffnung der sibirischen Bahn an 100 000 Juden „arbeiteten“ und in dem jetzt ihre Zahl wohl das doppelte beträgt; zum andern Teil ist der Grund in der Auswanderung nach Syrien und Arabien zu suchen, einer Auswanderung, die ebenfalls zumeist von russischen Juden bestritten wurde. Man findet diese Art bis hinunter nach Aden, wo in der fürchterlichen südarabischen Hitze sofort die Kaftane und die Peikel auffallen. Gegenwärtig dürfte die Gesamtzahl der asiatischen Juden dreiviertel Million und darüber betragen. Man rüstet sich zur Rückeroberung des Orients.

Nach der Türkei kamen die Juden aus drei verschiedenen Himmelsgegenden. Die einen von Süden, aus Alexandrien, das von der Zeit der Septuaginta, 280 vor Christi, an, ein Lieblingsaufenthalt des auserwählten Volkes war, von Syrien und Rom. Viele sind in Kleinasien und auf dem Balkan schon seit der römischen Kaiserzeit. Ein andrer Strom, dessen einzelne Gefälle schwer festzustellen sind, floß aus dem Lande der Khazaren zwischen Kaukasus, Krim und Dnestr. Das war vor etwa tausend Jahren. Der dritte, der bedeutendste Strom, kam aus Spanien, nachdem dort 1492 die Hälfte der vertrieben waren. Dadurch ist es zu erklären, daß heutzutage fast alle Juden des Balkans südlich der Donau und die meisten Anatoliens spanisch reden. Im 16. Jahrhundert wurde ein solcher Spagniole, Masi, bei dem Sultan einflußreich und wurde zum Herzog von Naxos ernannt.

Die Festung des Judentums auf dem Balkan wurde in der Folge Saloniki. Dort entstanden die Dömne, die den Marannen der iberischen Halbinsel zu vergleichen sind. Beide nahmen äußerlich eine neue Religion an, behielten aber tatsächlich ihren alten Glauben bei. Dömne sind die Renegaten, die zum Islam übertraten. Sie heißen so von Dume, umkehren, die Kleider umdrehen, weil sie ihr Bekenntnis verändert haben. Sehr bald verbanden sich die Juden in der Türkei mit den Freimaurern. Im Jahre 1748 wurde schon ein Orden in Konstantinopel ausgetan. Während einer Tagung ließ jedoch der Großwesir die Beteiligten umzingeln und gefangennehmen; er wollte sie streng bestrafen, da aber legte sich der britische Gesandte ins Mittel und bewirkte die Befreiung der Häftlinge. Man hörte nun anderthalb Jahrhunderte nichts weiter von der Sache. In der Gegenwart aber bildeten sich zwei türkische Logen, und zwar im Anschluß an italienische. Die eine heißt Macedonia risorta, die andere Labor et lux. Die Gründung dieser Logen, die noch heute vom großen Orden in Italien abhängen, geschah 18 Monate vor der Revolution, also um Weihnachten 1906; sie war in Paris in den eingeweihten Kreisen das Tagesgespräch. Wie oben gesagt, Generalprobe für den Weltkrieg! Dazu kam eine dritte Loge, die sich in den spanischen Orient anlehnte; sie nannte sich Perseveranza und fand ihre Hauptanhänger unter den spanischen Juden von Saloniki. Doch auch Mohammedaner und ganz wenige Christen traten den neuen Logen bei. Ebenso haben sich in Kairo Logen aufgetan, die dann mit englischen in nahe Berührung kamen. Sie haben schon früh die Aufmerksamkeit weitblickender Weltpolitiker erregt, so des irischen Grafen O. Connel. Ein merkwürdiger Brief von ihm, der die Zusammenhänge klar erschaute, findet sich bei Alexander von Peez, dessen Ruhm jetzt nach seinem Tode immer mehr wächst, da so ziemlich alle seine Anschauungen sich als richtig erwiesen haben und seine Voraussagen eingetroffen sind. Der Brief ist abgedruckt in seinem außerordentlichen klaren und großzügigen Büchlein: „England und der Kontinent“ 1910.

Die Dömne von Saloniki waren es, die entweder — ganz klar sieht man selbst heute noch nicht — die Revolution in der Türkei anzettelten, oder aber, nachdem sie in Albanien ausgebrochen war und in dem Halbalbaner Enver Bey einen Führer gefunden hatte, die Wasser dieser Bewegung auf ihre Mühlen leiteten. Refik Bey erklärte ganz offen, daß die Maurerei viel zur Revolution beigetragen habe. Refik gehörte zu dem „Komitee“ für Freiheit und Einheit, das hinfort die Zügel in die Hand nahm und die Umwälzung in der Türkei leitete. Unter jüdischer Führung!

Nach dem großen Erfolge des Komitees im April 1909 befand sich der jüdische Rechtsanwalt von Saloniki, Carasso, unter den vier Leuten, die dem Sultan Abdul Hamid seine Absetzung überbrachten. Die vorsitzenden und sonst ausschlaggebenden Männer des Komitees waren ausschließlich Maurer oder sahen sich gezwungen, es nachträglich zu werden. Die Türken Talat Pascha, der fähige und tatkräftige Journalist Hussein Dschahid und Tani Bey traten der Loge bei. Ein jüdischer Maurer Nedschib Fazli Bey wurde Direktor der inneren Presse, ein Kamerad von ihm Leiter der äußeren Presse. Talaat wurde Großmeister des Großorients. Kabinettschef bei Dschawid wurde der jüdische Maurer Ressim Russo. Das Komitee hatte in der Kammer neunzig Mitglieder, die alle Maurer waren. Zu den neugewonnenen gehörten Mussa, Kiassim und Mohammed Muktar Bey, ferner der Marineminister Halayan. Den widerspenstigen Hilmi, einst Generalgouverneur Mazedoniens und kurze Zeit Großwesir, ersetzte man durch den Theologen Hakki Pascha. Vermittler bei einer Pariser Anleihe Dschawids wurde Jakob Meinsche, natürlich auch ein Jude.

Bei einem Zionistenkongreß waren sämtliche levantinischen Juden, die ihm beiwohnten, Maurer. Der Ausschuß des Großorients der Türkei besteht fast ausschließlich aus Juden: Carasso, Cohen, Faraggi. Bei einem Dömne, Alatini, fand der gestürzte Abdul Hamid Unterkunft in Saloniki, wo er jahrelang interniert blieb. Lugatti, der jüdisch-italienische Finanzminister, war in engster Fühlung mit dem türkischen Orient. Auch die Missionen von Jungtürken, die nach Österreich, Frankreich, Italien geschickt wurden, waren zumeist Dömne. Die Zeitung „Jeune Turque“ empfahl einst aus dem osmanischen Reiche ein jüdisch-türkisches zu machen, das von den Juden beherrscht würde. Schon jetzt tauchte der Plan auf, aus russischen Juden und anderen Aschkenazim ein Gegengewicht gegen die Araber in Syrien und Mesopotamien zu schaffen. Dschawid hielt inzwischen Gemeinschaft mit levantinischen Spekulanten. Der Nepotismus blühte. Demonstrativ bekannte man den Atheismus. Sogar ein südamerikanischer Maurer kam zu Ansehen, Guzman, der eine antiitalienische Zeitung in Tripolis herausgab, und der auf Ersuchen des italienischen Gesandten hin ausgewiesen wurde. Endlich verdient in das Gedächtnis zurückgerufen zu werden, daß noch im Juli 1918 ein Freimaurerkongreß in Berlin abgehalten wurde, zu dem viele Brüder aus der Türkei erschienen.

Nun aber lehnte sich der Panislamismus gegen das Judentum auf. Einer der ersten, die gegen die Judenherrschaft anrannten, war der Oberst

Völkische Kunst

Die völkische Bewegung bezeichnet sich mit Recht als eine sowohl geistige als politische Strömung, die mit zusammengebrochenen Staatsgedanken und vielen überlebten Formen des Lebens und der Kunst gebrochen hat und Bahn schaffen möchte für alles Lebendige und Vorwärtsdrängende. Politisch hat der völkische Gedanke im Nationalsozialismus seine klare Prägung erhalten und unter seinem Banner kämpfen augenblicklich die aktivsten Deutschen für einen neuen Staatsgedanken. Merkwürdig aber ist es, daß, wenn wir dasjenige betrachten, was man völkische Kunst zu nennen beliebt, wir von diesem elementaren Vorwärtsdrängen wenig bemerken.

Wenn wir von dem Staatsgedanken des Mittelalters, Friedrichs des Großen, der französischen Könige, der mammonistischen Demokratie sprechen, so sprechen wir über eine Vergangenheit, von welcher wohl das eine und das andere Element die Grundlage abgibt für einen Neubau der Zukunft, aber keiner dieser Gedanken ist als ganzer für uns politisch zu einem Zwangsglaubenssatz geworden. Dagegen sehen wir, zunächst die Malerei im Auge behaltend — die betrübliche Erscheinung, daß die Mehrzahl unserer völkischen Maler wie hypnotisiert auf Schongauer, auf Dürer starren oder gar auf Ludwig Richter, Arnold Böcklin, Hans Thoma. Nun ist ohne weiteres zuzugeben, daß manche unserer heutigen Künstler die Welt mit ähnlichen Augen anschauen, wie einst ein Schongauer sie betrachtete. Das wäre nur zu verständlich, aber merkwürdig ist es, daß man gerade in häufigen Nachahmungen der alten Form seine völkische Kunst glaubt betonen zu müssen. Die Vertreter dieser Richtung haben deshalb für das Drängen der Gegenwart fast keinerlei Verständnis, und wir sehen nur zu oft eine Verneinung der gesamten künstlerischen Bewegung der Jetztzeit von ihnen ausgehen. Sie tun genau dasselbe, was auf politischem Gebiet der Konservative der Arbeiterbewegung gegenüber getan hat. Anstatt mit feinem Ohr auf den Rhythmus der Gegenwart zu hören, dem Drängen der neuen Zeit nachzugeben, verschloß man sich vor der ganzen Welt mit Büchern und Akten und Bildern und Zeichnungen und Radierungen früherer Epochen, und war entrüstet, wenn chaotische Bewegungen allerorts sichtbar wurden. Ähnlich wie politisch die an sich tief berechtigte Arbeiterbewegung durch den jüdischen Marxismus verfälscht werden konnte, weil der alte nationale Führer im konservativen Lager versteinert war, so gelang es auch auf künstlerischem Gebiete das Sehnen einer Zeit nach neuer Kunstform zu verfälschen.

Die Kunstgeschichte — wie jede Geschichte — zeigt Epochen, in denen einmal die Sehnsucht nach Form und Harmonie vorherrscht, das andere Mal die Sehnsucht nach einem Durchbrechen aller bisherigen sogenannten künstlerischen Normen. Die Frühromanik und die Gotik, die Renaissance und der Barock, der alte Klassizismus und die Romantik zeigen dieses Auf und Ab von Kunstidealen, und auch unsere Zeit hat als Wesenskern den Bruch mit abstrakten Formen vollzogen; aber anstatt diesen inneren Bruch mit zu erleben und den neuen notwendig in Sturm und Drang erscheinenden Kräften eine organische Entwicklung zu ermöglichen, sind viele unserer reiferen völkischen Künstler über die neue Sehnsucht als solche hergefallen und haben eine ganze Generation einer Macht ausgeliefert, welche das romantisch-gotische Sehnen von heute mißbrauchte und verfälschte.

Der Expressionismus als Wesenstendenz entsprach fraglos dem Sehnen unserer Zeit; der Expressionismus, wie er wurde, war seine zum Wahnsinn gebrachte Karikatur. Das muß man unterscheiden, will man heute die Malerei verstehen lernen. Es geht nicht an, über die gesamte neue Zeit in pharisäerhafter Anmaßung den Stab zu brechen, sondern wir müssen fähige Existenzen loslösen, die durch geistige Brunnenvergiftung sich selber untreu wurden. Die heutige Zeit hat mehr Recht, nach Ausdruck zu verlangen, als das Schwärmen und Ächzen nach einer toten Kunstvergangenheit.

Diese Sachlage beurteilen viele unserer völkischen Maler so gut wie gar nicht, weil sie vom Geist unserer Zeit fast ganz unberührt geblieben sind. Deshalb haben wir auch noch keine wurzelechte völkische Kunst. Das Problem von heute ist: aus einem alten Wesensgrunde heraus in die Welt zu schauen, wie einst Dürer schaute, aber mit dem Rhythmus der heutigen Zeit zu zeichnen und in Formen zu schaffen, die immer wechseln, die aber das Auge des heutigen Menschen zu befriedigen imstande sind. Dürers Kunst war völkisch, weil sie Gegenwart darstellte. Seine Epigonen, und mögen sie sich noch so völkisch nennen, sind unnational, weil sie Vergangenheit kopieren wollen. Ein Künstler, der die Gegenwart in ihrem Drängen versteht, der allein wird einmal auch die künstlerische Form für sie finden.

Ähnlich wie mit der bildenden Kunst steht es mit der Literatur. Wir haben heute noch keinen einzigen völkischen Roman, der auch nur annähernd künstlerisch ausdrückt, was die Zeit bewegt. Wir haben Rasseromane, wir haben Gesellschaftsromane, wir haben romanhafte Darstellungen völkischer politischer Kämpfe von heute, aber eine Synthese des heutigen Lebens, in der jede Figur mit der Selbstverständlichkeit eines lebendigen Wesens sein Schicksal vollendet, fehlt uns bis heute. Hier helfen selbstverständlich weder theoretische Überlegungen, noch vorgebliche Kunstgesetze, sondern einzig und allein das Erlebnis. Auf dieses zu warten und es vorzubereiten, ist Sache eines jeden Deutschen.

Alfred Rosenberg.

Reizmusik

Zur Ästhetik des Impressionismus der Tonkunst.

(Fortsetzung.)

„Relativ“ kann man die Musik des Impressionismus nennen, weil die Themenerfindung, deren er zur Verdeutlichung einer immerhin ablaufenden Form bedarf, auf darstellerische Zwecke abgestimmt bleibt, somit niemals die Weihe und den Adel eines völlig künstlerischen, eines einheitlichen Selbstzweckes erhält. Der Kampf gegen das Thema an sich, den Einfall, die Melodie schlechthin zugunsten des tonlichen Materials insgesamt, des Materials, welches den Schwerpunkt künstlerischer Arbeit von der schöpferischen Begabung verdrängen und in die Ebene der Verarbeitung legen möchte: diese Bestrebung hat so gut wie gar nichts mit dem klassischen Formgrundsatz der thematischen Arbeit (etwa in Imitation, in Fuge oder Sonate) zu tun. Hier das schließliche Ergebnis der Themenerfindung, die mit Rücksicht auf strenge Verbindungsmöglichkeiten wirkt, wird es in der Kunst des Impressionismus zum bequemen Geländer, an dem der Wanderer in den Dämmerungen der unendlichen Melodie über Schluchten mangelhafter Zusammenfassung hinwegschreitet. Ein Sonatenthema Beethovens bleibt trotz aller wohlgemeinten Hermeneutik an Profil und Zeichnung unverwischt und deutlich, im Durchführungsteil mit Zerlegung, Umkehrung, Vergrößerung immer ein und dieselbe beziehungsvoll auf sich selbst zurückschauende Melodie, ohne die der Satz eben nicht denkbar wäre. Oder ein Quartett Mozarts, das mit seinem halben Dutzend thematischen Motiven dreißig Minuten ohne Musikführer und Programm verständlich bleibt, hat vor einer sinfonischen Tondichtung jenes „Inkommensurable an Essenz“ voraus, dessen jeder Vollblutmusiker gewahr wird, ohne daß ihm Absichten, Zwecke und Ziele des Tonsetzers klargelegt, ohne daß ihm zuvor eine stilvollendete Abhandlung auf die Vortragsfolge gesetzt zu werden braucht. Die Ästhetik des musikalischen Impressionismus hat mit ihrer Begünstigung des technischen Elements, des „Artistentums“ und der Forderung thematischer „Askese“ dem Eklektizismus auch in die absolute Musik Wege geebnet. Der „outrierte Klang“ als Mittelpunkt des Impressionismus, der

Sadik. Mustafa Kemal ist ausgesprochenermaßen ein Träger des panislamischen Gedankens. Die Orientalen sind jedoch Taktiker, hin- und aufschiebende Diplomaten. Obwohl in der Regierung von Angora kein Jude oder Dömne sitzt, verschmähen diese Diplomaten doch nicht, in der Öffentlichkeit, wenn es ihren Zwecken dienlich erscheint, mit jüdischen Politikern zu verkehren. Mehr noch. Sie haben ein Bündnis mit Sowjetrußland geschlossen. In jüngster Zeit scheint jedoch dies Bündnis in die Brüche gehen zu wollen. Türkischen Schiffen wurde der Sowjethafen Batum verschlossen und infolgedessen wurde Konstantinopel für die russische Schiffahrt gesperrt. Hoffentlich besinnen sich die Gewalthaber von Angora, die ebenfalls mit Parteien, und zwar mit Recht radikalen, darunter auch anarchistischen, kämpfen, und die beständig vor jüdischen Umtrieben auf der Hut sein müssen, darauf, wo ihr wirklicher Nutzen liegt.

Dr. A. W.

Die beiden Kräfte

„... Wer in zwanzig Jahren Deutschland betritt, das er als eines der blühendsten Länder der Erde gekannt hat, wird niedersinken vor Scham und Trauer. Die deutschen Städte werden als halb erstorbene, steinerne Blöcke stehen, noch zum Teil bewohnt von kümmerlichen Menschen. Ein paar Stadtviertel sind belebt, aber aller Glanz und alle Heiterkeit ist gewichen ... Ringsumher aber blühen erstarkt alte und neue Länder im Glanz und Leben neuer Technik und Kraft, ernährt vom Blute des erstorbenen Landes, bedient von seinen vertriebenen Söhnen.“

So sagte Walter Rathenau, der Meister der deutschen Erfüllungspolitik im Jahre 1919, als jeder Deutsche längst erkannt hatte, daß zwei Kräfte die dauernde Niederwerfung unseres Volkes mit zähester Energie bereits betrieben: der Versailler Vertrag und der Bolschewismus, jene Mächte, die heute nach vier Jahren mehr denn je an unserem Staatsgebäude rütteln. So sagte jener Mann, dem ein Pariser Blatt nach seiner Selbsternennung zum deutschen Außenminister nachrühmte: „... Seine Lieblingsidee ist, daß Deutschland auf viele Jahre hinaus auf das ärmlichste und unter Entbehrungen jeder Art leben müsse, um seine Schulden zu bezahlen ...“

Die beiden Kräfte des Parallelogramms, unter deren Zug Deutschland zerfallen soll, vereinigen sich aber zu einer Resultante, welche von einem Punkte ausgeht. Die Verelendungstheorie der von den deutschen Erfüllungspolitikern beförderten Reparationspolitik ist in Rußland bis zur letzten Folgerichtigkeit längst erprobt worden: sie muß dazu dienen, die nationale Wirtschaft zu vernichten und auf ihren Trümmern die Finanzdiktatur der goldenen Internationale aufzurichten. Für diese gibt es ja, wie Harden (Witkowsky) so schön sagt, „keine Grenzpfähle, keine Konkurrenz und keine Schranken“. Ob die deutsche Industrie heute noch in der Lage und willens ist, den Kampf gegen diese größte Macht der Welt aufzunehmen, muß bezweifelt, solange bezweifelt werden, als es dem Marxismus gelingt, mit Hilfe der Klassenkampfparole einen Keil zwischen die einzig noch produktiv Schaffenden zu treiben: die Arbeitgeber und Arbeitnehmer im alten und rechten Sinn des Wortes, d. h., soweit sie nicht Gläubiger (Leihkapitalisten) und Schuldner (Zinsknechte) geworden sind. Wo aber ist das innerhalb der nationalen Wirtschaft noch der Fall?

Die Kreise der Industrie sind sich zumeist über die ungeheure Gefahr nicht im klaren, die durch jedes Paktieren mit der goldenen Internationale in irgendeiner Form für die nationale Wirtschaft sich entwickelt. Die handelstechnische Verfilzung zwischen den beiden Hauptfaktoren des Wirtschaftslebens, der nationalen Produktion und dem internationalen Kapital ist aber schon sehr weit gediehen. Die Banken sind Geldgeber der Industrie und Landwirtschaft und haben durch Kreditunterbindungen jederzeit die Möglichkeit, ganze Erwerbsstände zu erdrosseln. Die Börsen vertreten angeblich die Interessen der Erzeuger durch syndikalisierte Preisfestsetzungen, die ohne Zweifel wiederum weite Wirtschaftskreise in die Arme des Börsensystems (Schutzpreistaktik für Produzenten) treibt.

So tritt denn auch die Presse der Industrie und Landwirtschaft durchaus für die Börseninternationale und ihre Werkinstitute, die Banken und Börsen, ein und findet auf der anderen Seite die schärfsten Töne gegen alles, was sich dagegen zur Wehr setzt. Wundern wir uns nicht, wenn daher der Verbraucher, besonders der Arbeiter, im Erzeuger und Unternehmer seinen natürlichen Feind sieht, obwohl dieser genau wie er selbst unter dem Druck der Börsendiktatur ächzt. Die vorhandene „natürliche Lebensschichtung“ weitert sich dadurch zu einer unüberbrückbaren Kluft. Gerade die zwei Hauptstützen des nationalen Wirtschaftsgebäudes brechen so unter der doppelten Belastung, die durch das Versagen des anderen entsteht, nahezu zusammen.

Und dies ist das größte Unheil der gegenwärtigen Wirtschaftsschichtung: der von jenen Mächten errungene Gegensatz zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer besteht im tiefsten Grunde gar nicht. Er wird nur mit allen Mitteln des Journalismus weiterhin aufrechterhalten. Dadurch gelingt es, über den natürlichen, den tatsächlichen, den wirklich bestehenden Gegensatz das deutsche Volk hinwegzutäuschen: den natürlichen Gegensatz zwischen allen produktiv schaffenden Deutschen und den internationalen Parasiten der Börsen- und Bankenkultur.

Das Unternehmertum steht in Gegensatz zu den Arbeitern und nennt sie Marxisten, die Arbeiter treten in Gegensatz zu den Unternehmern und nennen sie Kapitalisten. Und doch sind an Stelle der „Kapitalisten“ längst Schuldner des Weltleihkapitals oder selbst Leihkapitalisten getreten. An Stelle der Arbeitnehmer aber sind gleichfalls längst heimat- und wurzellose Zinsaufbringer getreten, und beide nennen sich in verhängnisvoller Verkennung ihres gemeinsamen Schicksals „Arbeitgeber“ und „Arbeitnehmer“. Zinsknechte und Zinseintreiber würde den Sinn der Lage eher erklären als die Begriffe „Arbeitgeber“ und „Arbeitnehmer“, die zu Schlagwörtern des mit falscher Front geführten Klassenkampfes herabgewürdigt sind.

Die zweite Kraft, welche am Bau der deutschen Wirtschaft rüttelt, arbeitet im Gegensatz zur goldenen Internationale nicht mit wirtschaftstechnischen Zwangsmaßnahmen, sondern mit politischen Nötigungen. Der Bolschewismus ist im Grunde nichts anderes als der vollzogene Beweis dafür, daß die Vernichtung der nationalen Wirtschaft Voraussetzung zur Aufrichtung der Börsendiktatur sein muß. Die Bilanz des Bolschewismus zeigt sich deutlich: in der Hand eines halben Dutzend Diktatoren windet sich der ganze Riesenleib des ehemals urgesunden russischen nationalwirtschaftlichen Staates, dessen letzte Zuckungen noch ein Beweis von seiner schneidigen Kraft sind. Systematisch zugrunde gerichtet, die Produktion unterbunden, alle Handelsmöglichkeiten zerstört, stellt Sowjetrußland das krasse Gegenteil eines sozialistischen Staates dar. Es ist ein einziger Riesentrust in der Hand des überstaatlichen Leihkapitals geworden.

Und wie ehedem in Rußland die vollzogene politische Umwandlung den wirtschaftlichen Zusammenbruch nach sich führte, so soll der Bolschewismus in Deutschland den politischen Umsturz als Voraussetzung für den wirtschaftlichen Untergang herbeiführen. Das Ergebnis wird ein um so gründlicheres sein, als die erste der beiden Kräfte, die internationale Kapitalisierung, in Deutschland weit fortgeschrittener ist, als sie es ehedem in Rußland war.

So liegen die Dinge, und wer sich nicht bewußt die Augen zuhält, muß die Lage erkennen.

Die gewaltsame Auseinandersetzung zwischen den beiden Mächten, welche heute um die weltpolitische Vormachtstellung ringen, rückt immer näher: der Kampf zwischen der nationalen Idee und der goldenen Internationale strebt seinem Endziel zu. Auch für uns Deutsche rückt die Schicksalsstunde immer näher. Sorgen wir, daß sie uns nicht unvorbereitet trifft. Die Bereitschaft wird Voraussetzung dafür sein, daß Rathenaus Prophezeiung nicht zur bitteren Wirklichkeit werden darf und kann.

Adolf Hitlers Völkische Kampfschatz-Serie:

Bild I: Deutschland erwache! Sturmtruppen und Volkswehren ziehen mit deutschen und Hakenkreuzflaggen.
Preis: 1 Goldmark.

Bild II: Der deutsche Adler sprengt die Ketten, welche internationale Judenbörse, Marxismus und Vertrag von Versailles um deutsche Lande gelegt haben.
Preis: 2 Goldmark.

Bild III: Hand- und Kopfarbeiter, Soldat und Bauer geloben einen Schutz- und Trutzbund. Sie ergreifen das Hakenkreuz, welches über deutschem Land erscheint.
Preis: 5 Goldmark.

Preis der Serie für Deutschland: 50 000 M.

Nur eine bestimmte Anzahl gelangt zur Ausgabe! Daher großer Sammelwert! Unseren Parteifreunden und Anhängern unserer Bewegung empfehlen wir daher schnellste Bestellung.

Zu beziehen durch: „Völk. Beobachter“, Abteilung Propaganda, München, Thierschstraße 15, Tel. 20647.
Postscheckkonto München 11346 und Postsparkassenkonto Wien 79921
Frz. Eher Nchflg., G. m. b. H.
Bankkonto: Hansabank, e. G. m. b. H., München, Kto.: 5498.
Telegramm: Beobachter München.

Fascismus und Judenfrage

Das fascistische Hauptblatt „Popolo d' Italia“ hatte kürzlich die internationale Gesinnung der Sozialistenführer Modigliani und Treves auf ihre jüdische Rasse zurückgeführt und dabei einige harte Worte über die Juden im allgemeinen gesagt, welche das nationale Leben eines jeden Staates zu untergraben sich bemühen. Sofort meldete sich ein anderer Hebräer, der Führer der fascistischen Akademiker, Ivo Levi, und erhob Einspruch gegen eine Verunglimpfung von Angehörigen seiner Rasse. Darauf erfolgte eine recht scharfe Antwort des „Popolo d' Italia“, in welcher ausgeführt wurde, daß die genannten Sozialistenhäuptlinge zunächst Juden und dann erst Angehörige ihrer Partei, Italiener aber überhaupt nicht seien. Wenn es ihnen jedoch in Italien nicht gefiele, so sollten sie nach Palästina oder sonst wohin gehen, anstatt in Italien Unruhen zu stiften. Niemand würde sie in Italien zurückhalten wollen. Die Christen würden oft genug von den Juden verhöhnt, ohne deshalb gleich ein großes Geschrei zu erheben, eine Herabwürdigung Italiens dagegen könne sich kein Italiener von seiten der Juden gefallen lassen, denn die nationale Zugehörigkeit sei für jeden Menschen sein heiligstes Gut. Wenn also der Levi sich als Hebräer betroffen fühle durch die Äußerungen des „Popolo d' Italia“, so beweise er damit nur, daß er zuerst Jude sei und nicht Italiener statt umgekehrt.

Auf diese Antwort versuchte der Jude mit der seiner Rasse eigenen Verdrehungskunst eine Erwiderung, indem er behaupten wollte, die beiden genannten Sozialistenführer seien nicht mehr als Juden anzusehen, andererseits aber hätten so viele Hebräer im Kriege für Italien gekämpft, daß man bei Veröffentlichung ihrer Liste staunen würde. Daher möge man gegen die Juden doch in seinen Ausdrücken nicht gar so verletzend werden. Zum Schluß versicherte der Levi, er selbst sei ein „guter“ Italiener. Auch auf diese Erklärung gab der „Popolo d' Italia“ eine Antwort. Zunächst wurden entschieden die Verdrehungsversuche des Levi zurückgewiesen, die Schädlichkeit der Juden für das nationale Leben Italiens noch einmal hervorgehoben und ihre Bekämpfung in der Weise vorbehalten, wie sie sich als notwendig zeigen würde. Am Ende der Auseinandersetzung wurde freilich gesagt, es sei dagegen nichts einzuwenden, wenn Juden tatsächlich „gute“ Italiener sein wollten.

Eine restlose Klärung der Judenfrage hat diese Angelegenheit im Fascismus zwar noch nicht hervorgerufen, aber immerhin kann sie als Anfang dazu betrachtet werden. Auf der zweiten Tagung der fascistischen Akademiker in Florenz war bereits der Rücktritt des Juden Levi von seiner Stellung als Vorsitzender gefordert worden. Durch riesige Ergebenheitskundgebungen, die er für sich einzuleiten wußte, hatte sich jedoch der Hebräer damals halten können. Vielleicht wird er jetzt aber bald das Feld räumen müssen.

Letzte Nachrichten

Eine Rede des englischen Königs in Rom.

tu. Rom, 9. Mai. Die Rede, die anläßlich des Besuches des englischen Königspaares in Rom gehalten wurde, entbehrt, der „Frankfurter Ztg.“ zufolge, nicht eines gewissen politischen Untertones, der recht bemerkenswert ist. Beim Empfang des internationalen Ackerbauinstitutes sagte der englische König unter anderem: Der Weg zum Frieden und Wohlstand nach des Krieges Verwüstung sei steil und gewunden. Am schnellsten ginge es auf dem Wege durch eine internationale Zusammenarbeit, wie sie durch dieses Institut gepflogen werde. An der Tafel hob der König hervor, daß beide Völker von getrennten Punkten aus dem gleichen Ziele zustreben, von dem die Zukunft abhängt.

*

tu. Rom, 9. Mai. Die italienische Presse kommentiert in äußerst sympathischer Weise die Trinksprüche, die gestern bei der Hoftafel zwischen den Monarchen Englands und Italiens ausgetauscht wurden, und hebt besonders die Worte des englischen Königs hervor, daß Italien auf jeden Fall in der Zukunft auf die sichere Freundschaft Englands als eines Pfandes seines Gedeihens und einer friedlichen Weiterentwicklung der Weltinteressen rechnen dürfe.

*

Die Pariser Presse zu den englischen Ministerreden.

tu. Paris, 9. Mai. Die gestrigen Mitteilungen der englischen Minister werden in den hiesigen Blättern ungünstig beurteilt. Pertinax schreibt im „Echo de Paris“: Die von den Ministern Bonar Laws eingenommene Haltung sei nicht zulässig und fördere keineswegs ihre wie die französische Sache. Die Verbündeten, so sagen sie, hätten gemeinsam auf die deutschen Vorschläge antworten müssen, weil sie an die Gesamtheit der Alliierten gerichtet waren. Das sei eine Behauptung, der man nicht so ohne weiteres zustimmen brauche. — „Journal“ führt die Äußerungen der englischen Minister darauf zurück, daß Belgien ihnen nicht beigetreten sei, sondern an der Seite der Franzosen verharrt habe. — „Petit Parisien“: Curzon sagte, daß die Deutschen sich auf Grund seiner jüngst gehaltenen Rede zur Einreichung von Vorschlägen entschlossen haben. Man müsse den englischen Außenminister daran erinnern, daß diese Rede nur ihn selbst verpflichte. Die deutschen Vorschläge seien eben zu ungenügend, als daß man Herrn Curzon Dank wissen sollte, daß er sie bewirkt habe.

*

Pariser Richter.

Paris, 8. Mai. In der heutigen Sitzung des Senats gab der Senatspräsident endgültig Kenntnis von der Mitteilung des Justizministeriums, den Senat für den 24. Mai als Staatsgerichtshof zur Einleitung des Verfahrens gegen den kommunistischen Abgeordneten Marcel Cachin und der mit ihm angeklagten Kommunisten wegen eines Attentates gegen die Sicherheit des Staates einzuberufen. Unter den Angeklagten befindet sich auch der deutsche kommunistische Reichstagsabgeordnete Höllein. Zum Generalstaatsanwalt wurde Lescouvre ernannt, der in dem Prozeß Caillaux vor dem Staatsgerichtshof die Anklage vertreten hat.

Klang an sich, hat seine Parallelerscheinungen in der Malerei mit der Impression der Farbenwirkung. Was hier Slevogt, Manet oder Liebermann mit ihrer Spekulation auf „physiologische Effekte“ erreichen, was Rembrandts Braun und Trübners Grün: dort sind es Akkordverbindungen, die, nach dem Verschmelzungsgrad ihrer Obertöne berechnet, die Grenze des greifbar Sinnlichen in einer Nähe streifen, daß man schon Farbenvorstellungen mit dem Auftreten gewisser Tonarten zu verbinden pflegt. Welcher Art diese geheimnisvollen „Assoziationen“, die bislang noch nichts von den Segnungen eines Systems erfuhren, sein können, mag der „Psychoanalyse“ der Zukunft überlassen bleiben. Jedenfalls ist für den aufrichtigen Musiker, der Melodie, Harmonie, Rhythmus und Klang als Teile des gesamten Kunstwerkes fordert, die Bevorzugung eines der Teilglieder ein ästhetischer Fehlgriff, sei es nun Melodie oder Harmonie oder Rhythmus oder Klang allein. Weder der Ästhetiker noch der in Wahrheit und Ehrlichkeit schaffende Künstler wird sich auf ein Stilrichtung einlassen wollen, der die Bewährungsfrist lediglich vor einem Kollegium von parteiischen Zeitgenossen verliehen ward.

Niemand allerdings bestreitet die Bedeutung der Klanggesetze und ihren Einfluß auf Stil und Satz. Besteht doch der Geist der Romantik, besonders seine Äußerungen in der deutschen romantischen Oper Webers, in der „Einheit des Kolorits“. Die „den echten Romantiker kennzeichnende Fähigkeit, das Orchester zu behandeln und ... die Klangfarben aufs mannigfaltigste zu mischen“, blüht schon jahrhundertelang. Über Gabrielis Orchestersonate liegt ebenso wie über Händels großem Konzert oder der Sinfonie Mozarts ein bezaubernder, schimmernder Glanz von Klang und nochmals Klang. Mit ebengleicher Berechtigung müßten dann in der Malerei alle großen Kompositionstalente, wenn sie um die Geheimnisse der Farbe wußten (wer denkt nicht an Lionardo oder Rembrandt?) zu den Impressionisten gezählt werden.

Die Klangfarbe an sich also bleibt der Romantik, bleibt der Programmmusik mit Recht zugestanden, wenn nur daneben die stilistisch gleichberechtigten anderen Grundsätze das Kräfteparallelogramm des Tonsatzes gewährleisten; wenn die Impression sagen wir ausgeglichen wird durch die unumgänglich zu fordernde Anteilnahme der übrigen musikalischen Grundelemente: der Melodik, Rhythmik, Logik des Satzes, Periodik, Harmonik. Sich für das eine oder andere dieser Elemente unter billigem Verzicht auf die übrigen zu entscheiden, heißt im wahrsten Sinne des Wortes „Eklektiker“ sein.

(Forts. folgt.)

Deutschland und Rußland. Freitag, den 4. Mai, 8 Uhr abends, Vortrag G. von Nemirowitsch-Dantschenkos über Deutschland und Rußland und ihre gegenseitigen Beziehungen in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft im Klubheim der „Erneuerung“ (Deutsch-Rußländische Gesellschaft), Eisenmannstr. 1. Nach einer kurzen Begrüßungsansprache und Einleitung des Vorsitzenden Dr. von Scheubner-Richter begann der Redner mit der geschichtlichen Tradition der deutsch-russischen wirtschaftlichen wie politischen Interessengemeinschaft, deren Grundstein bereits Friedrich der Große und Katharina II. gelegt hatten. Mit Bedauern streift Redner den plötzlichen Abbruch dieser Beziehungen durch die kurzsichtigen Epigonen Bismarcks und das Trauerspiel, das damit für beide Nationen begann. Dann kommt G. v. N.-D. unmittelbar auf die Gegenwart zu sprechen. Immer wieder betont und argumentiert er äußerst folgerichtig die Notwendigkeit gegenseitiger Beziehungen, weist aber ebensooft auf die Gefahr hin, die für Deutschland in einer Verbindung mit dem bolschewistischen Rußland, wie sie der verhängnisvolle Rapallovertrag geschaffen hat, droht. Seine Rede gipfelt in der ebenfalls sehr treffend und überzeugend begründeten Anschauung, daß nur ein nationales, in seiner Leitung judenreines Rußland mit einem nationalen Deutschland alte Traditionen zum Besten fortzuführen vermag. 1½ Millionen russische Emigranten aller gesellschaftlichen Schichten arbeiten an dem Aufbau eines solchen neuen nationalen Rußland. Der Redner schätzt sich glücklich, in einer deutschen Stadt leben zu dürfen, in der auch der deutsche Nationalismus nach todesähnlicher Ohnmacht seine Glieder kraftvoll zu regen beginnt. Hand in Hand sollen diese beiden Bewegungen „trotz alledem“ Deutschland und Rußland aufbauen und erneuern. Der Redner betont hierauf, daß alle Emigranten ein inniges Vertrauen zur nationalen Bewegung Deutschlands hätten, und darin läge eine Gewähr für eine vielleicht nicht allzuferne Zukunft.

Nationaltheater. In der Neueinstudierung von Rossinis Oper „Wilhelm Tell“ am 11. Mai sind beschäftigt die Damen Bosetti, Fichtmüller, Leander und die Herren: Bauberger, Brückner, Gleß, Grifft, Kaposi, Krauß, Rode, Seydel. Musikal. Leitung: Herr Röhr. Regie: Herr Wirk.

Staatstheater. Am Sonntag, den 13. Mai, vorm. 11 Uhr, findet im Residenztheater eine „Russische Morgenfeier“ statt, in der die Mitglieder von Stanislawskis Moskauer Künstlertheater: Frau Olga Gsowskaja und Herr Wladimir Gaidarow Proben russischer Literatur (Dostojewski, A. Block, L. Andrejew) und aus Shakespeares „Hamlet“ die Wahnsinnsszene Ophelias zum Vortrag bringen.

*

Universitätsprofessor Geheimrat Dr. Ernst Hartwig, der Organisator und langjährige hochverdiente Leiter der Bamberger Remeis-Sternwarte, ist gestorben.

Buchbesprechung

Eine Besprechung der angezeigten Bücher behalten wir uns vor. Eine Rücksendung von Büchern, die weder angezeigt noch besprochen werden, findet in keinem Falle statt.

Hammer. Parteilose Zeitschrift für nationales Leben. Verlag und Schriftleitung: Theodor Fritsch, Leipzig 13, Königstr. 17. 22. Jahrg., Nr. 501. Aus dem Inhalt: Unterhandlungsangebote? Die ernsten Bibelforscher. Flanderns Unglück, von P. M. Roose. Die Volksschule, ein Sorgenkind, von Philippsen. Randbemerkungen zur Zeitgeschichte: Verfehlte Volksbelehrung.

Rudolf Stürzer: Auf stolzen Rossen. Wien, Burgverlag 1922. Was Rudolf Stürzer in seiner kleinen Sammlung lustiger Geschichten gibt, wird jeden Freund österreichischen Humors erheitern. Wiener Humor wird hier in einer Weise dargestellt, die jeden zum Lachen bringen muß, und wer Freude an Pferden und am Reiten hat, wird besonders gerne die beiden Erzählungen „Auf stolzen Rossen“ und „Lustig“ lesen.

D.

Fritz Stüber-Gunther: Das Wirtshaus an der Gams. Wien, Burgverlag 1922.

In gemütlicher österreichischer Plauderei läßt uns Fritz Stüber in seinem Büchlein den Ferienaufenthalt des Oberregistrators Heinrich Hasenöhrl mit seiner Familie im Wirtshaus „Zum Elefanten“ in Kragenbach an der Gams erleben. Die zahlreichen Hindernisse und Abenteuer, die sich der Ruhe und Behaglichkeit des braven Wieners in den Weg stellen, die Tücke des Schicksals, die ihm mehr als einen boshaften Streich spielt, die prächtige Schilderung der Bergbesteigung, der oft schwer zu bewerkstelligende Verkehr mit den Eingeborenen, der schließlich gegen die Wirtin Kraxler vom „Elefanten“ wegen unverschämter Preistreiberei angestrengte und von dem Herrn Oberregistrator glänzend verlorene Prozeß, das alles ist in einer so scherzhaften Weise gezeichnet, daß man das Buch mit aufrichtiger Freude liest.

Die schöne Literatur. Herausgeber: Will Vesper. Verlag: Ed. Avenarius, Roßstr. 5. 24. Jahrgang, Heft Nr. 9. Aus dem Inhalt: Albrecht Schaeffer Von Guido K. Brand, und eine Besprechung von Gundolfs George. Bei Stephan George sowohl wie bei Gundolf sagt jeder Kenner: Vorsicht!

Münchener Beobachter

Briefmarkenhändlertag

Die Freude am Briefmarkensammeln und das Interesse an alten Markensammlungen hat in den letzten Jahren der „Umwertung aller Werte" ganz bedeutend zugenommen. Die Postverwaltungen aller Länder haben fortwährend neue Markenserien herausgegeben, in denen sich der politische, wirtschaftliche und kulturell-soziale Wechsel widerspiegelt, den Weltkrieg und Revolutionen gebracht haben, und sie haben die Markenausgabe zu einem gewinnbringenden Einnahmezweig für die Staatskassen entwickelt. Anderseits hat die Not der Zeit, zumal bei uns, dazu geführt, daß die häufig verschollenen und vergessenen Markensammlungen in den bürgerlichen Familien wieder an das Tageslicht gebracht wurden und zum Verkaufe kamen. Für alte, seltene Marken werden heute ansehnliche Preise gezahlt, und es kommt oft genug vor, daß mancher und manche den Tag segnen, an dem ein längst aus dem zeitlichen Leben abgeschiedenes teures Familienmitglied sich auf den „nutzlosen" Briefmarkensammelsport verlegt hat.

Welche Entwicklung der philatelistische Sport genommen hat, ist so recht aus dem überaus starken Besuch des 6. internationalen — Franzosen und Belgier sind nicht zugelassen — Briefmarkenhändlertages zu ersehen, der in diesen Tagen — vom 7. bis 14. Mai — in München abgehalten wird. Fast 800 Händler aus dem Reiche, aus der Schweiz, Schweden, Dänemark, Holland, Finnland, Ungarn und den übrigen Nachfolgestaaten der alten Donaumonarchie haben ihre Schätze in München zur Schau gestellt, das sich rasch eine führende Rolle im Briefmarkenhandel gesichert hat. Am Montag wurde die Börse des Händlertages in zwei Sälen des „Bayer. Hofes" mit Nebenräumen eröffnet; auf 180 Verkaufstischen ist das Material ausgebreitet, das den Kenner lockt und selbst dem Laien Interesse abzugewinnen vermag. Ein Begrüßungsabend im Hofbräuhaus vereinte die Händler und ihre Angehörigen mit den Münchner Geschäftsfreunden.

Die Hauptstücke der Börse sind natürlich die reichhaltigen Bestände klassischer Marken; daneben steht sehr viel Händler-Engros-Material und der Markenüberfluß aus Übersee zur Schau. Eine besondere Industrie hat sich in den Alben und sonstigen Sammlerbedarfsartikeln entwickelt. Die Umsätze waren an den beiden ersten Tagen bereits sehr gut; die Preisbewegung verlief bis jetzt in stabilen Grenzen. Hervorragende Seltenheiten werden bei den großen Auktionen ausgeboten werden, zu denen auch Sammler Zutritt haben und die am 11., 12. und 14. Mai jeweils von vormittags halb 10 Uhr bis 5 Uhr nachmittags stattfinden. Bayern, Baden, Sachsen und Württemberg sind dabei mit besonders glänzenden Stücken vertreten.

Wetterlage

Wettervorhersage für Donnerstag, den 10. Mai: Beendigung der Schönwetterlage, verbreitete Gewitterregen, anschließend Temperaturrückgang.

Zugverkehrsänderungen. Die Schnellzüge 185 und 186 München-Hbf. ab 9,30 Uhr vorm. und an 8,45 Uhr abends verkehren nunmehr wieder regelmäßig zwischen München-Hbf. und Garmisch-Partenkirchen. Ferner wird auf dem Starnberger See die Rundfahrt 5, Starnberg Hafen ab 11,20 vorm. und zurück 2,11 Uhr nachm. ab Donnerstag, 10. Mai, wieder täglich durchgeführt. Zu dieser Rundfahrt bestehen in Starnberg Anschlüsse von und nach München, München-Hbf. ab 10,08 vorm., Starnberg an 11,01 Uhr; zurück Starnberg-Bf. ab 2,35 Uhr nachm., München-Hbf. an 3,24 Uhr nachm.

Automatisches Fernsprechamt. Am 16. Mai wird in Weilheim ein automatisches Fernsprechamt eröffnet, welches insoferne einen Markstein in der Entwicklung der automatischen Telephonie bedeutet, als hier zum erstenmal in der Welt das automatische Fernsprechsystem, das bisher ausschließlich auf den Ortsverkehr beschränkt war, im Verkehr verschiedener Orte untereinander ins Leben tritt, was für die Wirtschaftlichkeit und Verwendbarkeit des Fernsprechers vollkommen neue Perspektiven bedeutet.

Straßenbahn - Wochenkarten für Schwerkriegsbeschädigte. Um schwerbeschädigten Inhabern von Straßenbahn-Wochenkarten den Bezug zu erleichtern und durch Einsparung einer besonderen Fahrt zu verbilligen, hat die demokratische Fraktion im Stadtrat den Antrag eingebracht, die zur Zeit in der Sparkassenstraße zentralisierte Ausgabestelle zu dezentralisieren und den Stationsmeistern in den einzelnen Stadtteilen Erneuerungskarten auch für die im Bezirk wohnenden Schwerbeschädigten zum Verkauf hinauszugeben.

Förderung des Obstbaues. Die Neupflanzung von Obstanlagen ist infolge der hohen Preise für Obstbäume ganz erheblich zurückgegangen, so daß im Laufe der nächsten Jahre mit einer wesentlichen Verminderung der im Ertrag stehenden Obstbäume zu rechnen ist. Die Folge wird sein, daß auch die Obsternte erheblich zurückgehen wird, und daß zur Deckung des inländischen Bedarfes noch weit größere Obstmengen aus dem Auslande bezogen werden müssen, als dies jetzt schon der Fall ist. Diese Befürchtung ist um so mehr begründet, als auch die Unterhaltung der Obstbäume fast allgemein sehr vernachlässigt wird und manche Obstbaumbesitzer sich sogar kurzsichtigerweise dazu verleiten ließen, wertvolle Obstbäume auszuhauen. Das bayer. Landwirtschaftsministerium wendet sich deshalb in einer Bekanntmachung an die Gemeinden und Bezirke, in der Pflege des Obstbaues den übrigen Obstbaumbesitzern mit gutem Beispiel voranzugehen. Die Bezirksverwaltungsbehörden werden veranlaßt, darauf hinzuwirken, daß in die Voranschläge der Gemeinden und Bezirke trotz der Ungunst der Verhältnisse ausreichende Mittel für Nachpflanzungen und Neupflanzungen von Obstbäumen sowie für die pflegliche Unterhaltung der bestehenden Obstanlagen eingesetzt werden. Zuschüsse können in Aussicht gestellt werden.

Gemüsebau- und Blumenpflegekurse. An der Gartenbauschule Weihenstephan findet in der Zeit vom 22. Mai bis 2. Juni ein Kursus über Gemüsebau und Blumenpflege für Frauen und Mädchen statt. Der Kursus bezweckt, den Hausfrauen und Töchtern Anleitung und praktische Unterweisung in der Bewirtschaftung des ländlichen Haus- und Gemüsegartens sowie in der Blumenpflege, Balkon- und Fensterschmuck zu geben. Besonderes Gewicht wird deshalb auf praktische Vorweisungen und Übungen gelegt. Der Lehrplan umfaßt: Die Bedeutung des Gemüsebaues für Haushalt und Volkswirtschaft, Lage und Boden für Haus- und Gemüsegärten, Samenbedarf, Samenbezug, Saatzeit, Säen und Pikieren, Samenbau, Anlage von einfachen Mistbeeten, die Kultur der für den Landhaushalt wichtigsten Gemüsearten, ihre Pflege, Düngung und Bewässerung, Fruchtwechsel, Ernte und Überwinterung der Gemüse, die wichtigsten Schädlinge des Gemüsebaues und ihre Bekämpfung, Einteilung eines Haus- und Gemüsegartens, Balkon- und Fensterschmuck, Pflege und Vermehrung einfacher Zimmerpflanzen, Blütenstauden und Ziersträucher für den Hausgarten. Die Unterweisungen dauern von vormittags 8—12 Uhr und nachmittags von 2—5 Uhr. Wohngelegenheit im nahen Freising. Die Kursgebühr beträgt 1000 M. Anmeldungen sind zu richten an das Direktorat der Gartenbauschule Weihenstephan bis 16. Mai.

Antisemiten und Nationalsozialisten geben

Familienanzeigen

nur dem

„Völkischen Beobachter"

Wir gewähren auf Familienanzeigen und Stellengesuche einen Nachlaß von 50% auf den jeweils gült. Anzeigentarif

Die **Rathausdurchgänge** und die Bedürfnisanstalt im Rathaushof sind während der Sommermonate werktäglich bis abends 6 Uhr geöffnet. Die Schließung der Zugänge zu den Büroräumen im Rathaus erfolgt jedoch sofort nach Beendigung der Amtsstunden.

Die städtischen Badeanstalten an der Würm (Ungererbad und Dantebad) sind mit Ausnahme des Kaiserbeckens und Luitpoldsee im Ungererbad sowie des mittleren Bades im Dantebad nunmehr geöffnet.

Die städt. Fischereirechte im Brunnbach bei Oberföhring und in der unteren Isar wurden unlängst versteigert. Das erstere um 200 000 M. an den Münchener Hotelbesitzer Albert Hauser, das letztere um 256 000 M. an Schreinermeister Jos. Oberhuber.

Lohnnachzahlung an die städt. Arbeiter. Laut Beschluß des Stadtrats erhalten die städt. Arbeiter am 11. Mai, entsprechend der ähnlichen Regelung bei den Beamten, außer ihrem laufenden Lohn 1½ ihres jeweiligen Wochenlohnes ausbezahlt.

Hundesperre. Bei einem verendeten Hunde in einem Gehöft der Gemeinde Höhenrain wurde Tollwutverdacht festgestellt. Als Sperrbezirk sind erklärt: Buchhausen, Höhenrain, Dorfen, Icking, Münsing, Schäftlarn, Weidach und Wolfratshausen.

Eierschiebung. Zu der in hiesigen Tageszeitungen erschienenen Notiz über Eierschiebung eines hiesigen Preßhefefabrikanten erklärt Bierpreßhefefabrikant Franz Sechser, Frauenstr. 5, daß er hierzu in keinerlei Beziehung steht.

Folgen von Ausflüglerpöbeleien. Die Verwaltung des Klosters Banz sieht sich infolge des ungezogenen Verhaltens eines Teiles des Publikums gezwungen, die Besuchszeiten der bekannten Klosterterrasse stark zu beschränken, ja vielleicht diesen herrlichen Aussichtspunkt ganz zu schließen, weil in letzter Zeit mehrmals Störungen des Gottesdienstes, Belästigungen der Mönche, ja sogar gewaltsames Eindringen in die Klosterklausur durch Ausflügler vorgekommen sind. — Für die Verrohung und Verpöbelung gewisser Schichten unseres Volkes ist diese Meldung überaus bezeichnend. Das denkbar anständigste Verhalten der Besucher geweihter Stätten sollte eine Selbstverständlichkeit sein.

Der „Fliegeroffizier". Vor kurzem trat in München ein Mann in Militärvereinigungen auf. In Familien nannte er sich Georg Gerdes, erzählte von seinen Heldentaten als Fliegeroffizier und wie er vom Ruhrgebiet vertrieben wurde. So floß Geld in seine leere Tasche. Der Schwindel kam auf und Gerdes wurde vom Schöffengericht München als Gerdes zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Nun kam das dicke Ende. Gerdes war gar nicht der, als der er sich ausgab. Dank unseres Fingerabdruckverfahrens entpuppte sich der Mann als alter Zuchthäusler, als der 44 Jahre alte Buchdrucker und Kellner Georg Wiegmann von Hildesheim.

Der große Juwelendiebstahl aufgedeckt. Am Sonntag wurden, wie gemeldet, aus der Wohnung eines Doktors in der Von-der-Tannstraße Schmucksachen für 64 Millionen Mark gestohlen. Der Dieb, der Geliebte der Köchin der Herrschaft, ein Feinmechaniker, ist verhaftet, die Beute beigebracht. Der Dieb wollte sich Geld zur Heirat verschaffen; er lockte dem Mädchen die Schlüssel zur Wohnung ab und ließ sie nachmachen.

Warnung vor Mädchenhändlern. Zur Zeit treiben sich diese Lumpenbunde hier in München herum. Sie melden ihren Bedarf unter irgendeinem Vorwande auf dem Arbeitsamte an und wenn die Mädchen dann an die vereinbarte Empfangsstelle, z. B. in einem Falle im Bräustübl des Thomasbräu sich einstellen, erwartet sie ein Auto, um sie ohne Paß ins Rheinland zu bringen, wo sie unrettbar verloren sind. Man verständige sofort die Polizei in verdächtigen Fällen!

Kleine Chronik. Aus dem Instrumentenraum des Odeon wurden 3 Zugposaunen und 3 Trompeten mit den Stimmen C. B. S. F., Wert 3 Millionen Mark, und in einem Hotel in der Altstadt ein Kupfer-Speisekessel, eingezeichnet „Vogelsang und Kuhn, Karlsruhe, gestohlen. — Im Telegraphenamt wurde einer Dame eine Krokodilleberhandtasche mit Inhalt, darunter Papiere auf den Namen „Marie Reigle", Wert 200 000 Mark, entwendet. — Gewarnt wird vor einem Wohnungsdieb, der als Installateur in Wohnungen kommt und stiehlt. Vier Fälle in Schwabing und im Lehel sind bekannt. Der Dieb, der graue Gradlhose trägt, ist 30 Jahre alt, glatt rasiert, ziemlich groß und dunkelhaarig. — Im Krankenhaus Schwabing starb der 74 Jahre alte Bahnarbeiter Leonh. Reithmeier, der am Dienstag früh in der Ungererstraße beim Aussteigen aus der Straßenbahn von einem Kraftradfahrer überfahren und schwer verletzt wurde. — Geflüchtet ist ein 18 Jahre alter Geschäftsteilhaber einer Firma in der Karlstraße mit einem Mercedeslastkraftwagen II A 4285 im Werte von 9 Millionen Mark, nachdem er noch anderen Leuten 9 Millionen Mark unterschlug die er zum Verkauf von Krafträdern erhielt.

Standmusik in der Feldherrnhalle. Donnerstag, den 10. Mai, mittags 12 Uhr: Musik 1. Batl. Inf.-Regt. Nr. 19, Obermusikmeister G. Fürst. Programm: 1. Ouverture z. Oper: „Die Feen" (Wagner); 2. Liebesszene a. d. Singgedicht: „Feuersnot" (R. Strauß); 3. Fantasie a. d. Ballett: „Sylvia" (Delibes); 4. „Alpenkorps"-Marsch (Fürst).

Deutschnational. Handlungsgehilfenverband. In der letzten erweiterten Mitgliederversamlung des D. H. V. sprach ein Kollege aus dem Rheinland über die Aufgaben des D. H. V. am deutschen Vaterland, an Berufsverband und Stand. Ausgehend von dem politischen Einfluß der Gewerkschaften, die heute in sozialistische und nationale verfallen (ein Mittelding wird wohl nicht auf die Dauer mehr lebensfähig sein), wies er darauf hin, daß die Scheidung der Geister schon begonnen habe. Der Kampf aller gegen alle hat mit größter Schärfe eingesetzt, das parlamentarische System, die politischen Parteien sind völlig unreif, Kampf für eine Überzeugung eine außerordentliche Seltenheit: der Boden „der gegebenen Tatsachen" ist die bequemste Ausrede, um an allem vorbeizukommen, was die Lebensnotwendigkeiten des Volkes, der Volkswirtschaft ausmacht. Die Staatsgewalt vermindert sich zusehends, mit Wirtschaftspolitik und wirtschaftlichen Maßnahmen sollen Völker, soll Deutschland regiert werden.

Der bequeme Begriff „Arbeitnehmer" hat ein Arbeitssystem entstehen lassen, in dem Wertarbeit, Qualitätsarbeit nicht mehr berücksichtigt, ja, die unterdrückt wird, die „entpersönlicht" wird. Der gelernte und ungelernte Arbeiter steht auf gleicher Stufe, die solide „Zunftorganisation" von ehedem ist gewaltsam aufgehoben worden: Arbeit ist Last, sagt heute jedermann. Das Überziehen jeder vaterländischen Gesinnung hat unser Volk gelähmt.

Ehrlichkeit, Anstand und gute Gesinnung sind Aufgaben des Gewerkschaftswesens; Zugehörigkeit zur Volksgemeinschaft und Arbeitsgemeinschaft, Glaube an den Beruf, Freude an der Arbeit, das sind die Grundlagen der völkischen Erneuerung. Die sogenannte Freiheit hat uns in Wirklichkeit Oberflächlichkeit gebracht. Pflichtauffassung, Arbeitsauffassung ist geschändet worden aus Gesinnungslumperei, Gesinnungsschlappheit ist an ihre Stelle getreten.

Blicken wir hin zum Ruhrgebiet, wo allem Verhandlungswillen der Regierung zum Trotz der Abwehrkampf unentwegt erbittert weitergeführt wird. Hier ist die Notgemeinschaft entstanden, die unserem Volke fehlt; aus dieser Notgemeinschaft kann vielleicht die Volksgemeinschaft entstehen. Die Zeit hat im Ruhrgebiet zusammengeschweißt, die Wurzelhaftigkeit des dortigen Arbeiterstammes läßt sie Widerstand Seite an Seite mit den Unternehmern leisten bis zum Ende: wenn nicht die Etappe versagt. Sie erklären, daß an ihnen die Abwehr nicht scheitern soll!

Kollege Fetisch-Berlin ermahnte in einem eindrucksvollen, begeisternden Schlußwort, nicht sich von der französischen Propaganda überrennen zu lassen, die den Abwehrkampf als von der Regierung kommandiert hinstellt. Die Abrechnung mit all denen, die jetzt abermals den Geist der Heimat zermürben möchten, aber auch die Abrechnung mit denen, die ehemals den Geist der Etappe gelähmt haben, wird kommen und wird der Anfang von Deutschlands Aufstieg werden.

30

Oliver Twist

Roman von Charles Dickens.

„Ha, ha, mein Guter," entgegnete der Jude, „du mußt dich früh auf die Beine machen, wenn du gegen den Chahum gewinnen willst."

„Früh?" erwiderte Karlchen Bates. „Nein, er muß die ganze Nacht in den Stiefeln bleiben, an jedem Auge ein Fernrohr und auf jeder Achsel einen Operngucker haben, wenn er ihn meistern will."

Herr Dawkins nahm diese schönen Komplimente mit philosophischer Ruhe hin und bot die Wette an, für einen Schilling jedesmal ein Bild im Kartenspiel abzuheben. Es wollte jedoch niemand darauf eingehen, und da seine Pfeife eben ausgeraucht war, so schickte er sich an, mit der Kreide, welche zum Markieren gedient hatte, zu seinem Privatvergnügen einen Grundriß des Newgategefängnisses auf den Tisch zu zeichnen — ein Geschäft, das er mit einem gar liebenswürdigen Pfeifen begleitete.

„Du bist doch ein köstlicher Langweiler, Tommy", sagte der Chahum, sich nach einer langen Pause an Herrn Chitling wendend. „An was mag er wohl jetzt denken, Fagin?"

„Wie sollte ich das wissen, mein Bester", versetzte der Jude, sich umsehend, indem er zugleich den Blasebalg in Bewegung setzte. „Wahrscheinlich an seinen Verlust oder an die kleine Lustpartie auf dem Lande, von der er kürzlich zurückgekommen ist — ha, ha, ist's nicht so, mein Guter?"

„Ei beileibe", entgegnete der Chahum, Herrn Chitling in die Rede fallend, der eben sprechen wollte. „Was meinst du wohl, Karlchen?"

„Nu — ich möchte sagen," erwiderte Mister Bates mit einem Grinsen, „daß er ungemein zärtlich gegen Betsy tat. Seht, wie er rot wird! O mein Auge! — das ist ein Allerweltsspaß! — Tommy Chitling in Liebesbanden! — o Fagin, Fagin! das ist zum Totlachen."

Völlig hingenommen von dem Gedanken, Herr Chitling sei das Opfer einer zarten Leidenschaft, warf sich Mister Bates mit einer solchen Gewalt auf seinen Stuhl, daß er das Gleichgewicht verlor und sich zur Erde überstürzte, wo er — da dieser Zufall seine Heiterkeit in nichts mindern konnte, der Länge nach ausgestreckt liegenblieb, bis sein Lachen vorüber war; dann nahm er seine frühere Stellung wieder ein und gab einem neuen Ausbruch seiner lustigen Laune Raum.

„Kümmere dich nicht um ihn, mein Guter", sagte der Jude, indem er zugleich Herrn Dawkins zuwinkte und Mister Bates einen mißbilligenden Stoß mit dem Blasebalg versetzte. „Betsy ist ein schönes Mädchen. Du darfst dich wohl an sie machen, Tom — darfst dich wohl an sie machen."

„Ein für allemal, Fagin," entgegnete Herr Chitling mit rotem Kopfe, „dies ist eine Sache, die keinen Menschen hier etwas angeht."

„Du hast recht," versetzte der Jude — „aber Karlchen muß eben schwatzen. Kümmere dich nicht um ihn, mein Bester, kümmere dich nicht um ihn. Betsy ist ein schönes Mädchen. Tu', was sie dich heißt, Tom, und du wirst dein Glück machen."

„Ich tue, was sie mich heißt," erwiderte Herr Chitling, „und wäre nicht in die Tretmühle geschickt worden, wenn ich nicht ihren Rat befolgt hätte. Aber Sie haben bei der Sache gute Massematten gemacht — nicht wahr, Fagin? Und was wollen sechs Wochen heißen? Einmal muß es doch kommen — und warum dann nicht im Winter, wo es einem doch nicht besonders ums Spazierengehen zu tun ist; ist's nicht so, Fagin?"

„Ah, gewiß, mein Bester", antwortete der Jude.

„Du würdest dir wohl auch ein zweites Mal nichts daraus machen, Tom?" fragte der Chahum mit einem Winke nach Bates und dem Juden, „wenn mit Bet alles im reinen wäre?"

„Allerdings würde ich dies", versetzte Tom ärgerlich. „Nu', ich möchte den sehen, der ein gleiches von sich sagen kann, Fagin?"

„Gewiß kann das keiner," entgegnete der Jude, „keine Seele, Tom. Ich weiß, niemand als du ist zu so etwas fähig — von diesen da gewiß keiner, mein Guter."

„Ich hätte ganz rein ausgehen können, wenn ich Betsy hätte vermassen (verraten) wollen, ist's nicht so, Fagin?" fuhr der arme, verhöhnte Einfaltspinsel zornig fort. „Ein einziges Wort von mir hätte es getan."

„Gewiß, mein Bester, es lag nur an dir", erwiderte der Jude.

„Aber ich schwatzte nichts aus — oder tat ich's Fagin?" sprach Tom mit großer Geläufigkeit, Frage auf Frage häufend.

„Ei — nein — nein" versetzte der Jude, „du hast ein zu wackeres Herz, um dir etwas derart zuschulden kommen zu lassen — bist viel zu nobel dazu, mein Guter."

„Ich mein' es auch," erwiderte Tom, sich stolz umsehend, „wenn es aber so ist, was soll dann dieses Gelächter, Fagin?"

Da Herr Chitling immer aufgebrachter wurde, so beeilte sich der Jude, ihm die Versicherung zu geben, daß niemand lache, und berief sich zum Beweise der vollen Ernsthaftigkeit der Gesellschaft auf Mister Bates als diejenige Person, welche den meisten Anstoß gegeben hatte. Zum Unglück aber aber war es Karlchen, der eben den Mund zur Beteuerung öffnen wollte, daß er in seinem Leben nie ernsthafter gewesen sei, unmöglich, einen neuen, gewaltsamen Lachausbruch zu unterdrücken, so daß der verhöhnte Herr Chitling ohne weitere Umstände durch das Zimmer schoß und nach dem Beleidiger einen Schlag führte. Karlchen bückte sich jedoch und entging so gerade zur rechten Zeit dem Streich, der nun die Brust des lustigen, alten Herrn traf, so daß dieser gegen die Mauer hintaumelte, wo er auch eine Weile, nach Luft schnappend, stehenblieb, während Herr Chitling mit dem Ausdruck der höchsten Entrüstung um sich blickte.

„Horcht!" rief der Chahum in diesem Augenblicke: „ich habe den Klinkhart (Klingel) gehört." Er ergriff das Licht und schlich sachte die Stiegen hinan.

Während die übrigen sich im Dunkeln befanden, tönte die Klingel abermals. Nach einer kurzen Pause erschien der Chahum wieder und flüsterte Fagin geheimnisvoll etwas zu.

„Was?" schrie der Jude, „allein?"

Der Chahum nickte bejahend und gab, indem er die Flamme der Kerze mit seiner Hand beschattete, Karlchen Bates einen vertraulichen Wink, der ihm die stumme Andeutung geben sollte, er würde besser tun, vorderhand seine Heiterkeit einzustellen. Nachdem er diesen Freundschaftsdienst verrichtet hatte, heftete er seine Augen auf den Juden und erwartete dessen Geheiß.

Der alte Mann biß sich in seine gelben Finger und überlegte einige Minuten, indes sein Gesicht die Spuren großer Aufregung zeigte, als fürchte er, eine schlimme Nachricht zu erfahren. Endlich richtete er seinen Kopf auf und fragte:

„Wo ist er?"

Der Chahum deutete nach der Flur hinauf und machte eine Bewegung, als ob er das Zimmer verlassen wolle.

„Ja," sagte der Jude als Antwort auf diese stumme Frage, „bring ihn herunter; bring ihn herunter. Bst! — stille, Karlchen! — leise! — Tom! sachte, sachte!"

Diese kurze Anweisung, sich zurückzuziehen, wurde von Karlchen Bates und seinem neuen Gegner sogleich und in aller Stille befolgt. Alles war mäuschenstill, als der Chahum mit dem Lichte in der Hand die Treppe hinunterstieg und einen Mann in grobem Kittel mit sich brachte, welcher, nachdem er einen hastigen Blick im Zimmer umhergeworfen, ein großes Umschlagtuch abwarf, das den unteren Teil seines Gesichtes verhüllt hatte und nun das hagere, ungewaschene und unrasierte Gesicht des schmucken Toby Crackit sichtbar werden ließ.

„Wie geht's dir, Fagin?" begann der Ehrenmann, dem Juden zunickend. „Stecke das Tuch nur in meinen Hut, Chahum, daß ich es finden kann, wenn ich wieder gehe; — nun, das wäre die rechte Zeit! — Du wirst 'nmal einen wackern, jungen Geschäftsmann abgeben, Jack, noch ehe der Alte begert (sterben)."

(Forts. folgt.)

Vaterländischer Abend. Im Löwenbräukeller veranstaltete „Bayern und Reich“ am Dienstag einen vaterländischen Abend, wobei die Musik vom J.R. 19 unter ihrem Obermusikmeister Fürst mitwirkte. Es waren etwa 500 Mitglieder und Gäste erschienen. Professor Dr. Sittmann als Vorsitzender der Ortsgruppe München begrüßte die Erschienenen, vor allem den Regierungspräsidenten Dr. v. Kahr, den Ehrenvorsitzenden, und schloß mit dem Treubekenntnis zu Schwarz-Weiß-Rot und Weiß-Blau. Als erster Redner sprach der Sanitätsrat Dr. Pittinger, der u. a. darauf hinwies, daß die Regierung selbst die Verfassungsfrage aufgerollt habe. „Es wird von der Mehrheit des Volkes viel zu wenig beachtet, daß wir uns seit jenem Antrag auf Einsetzung eines Staatspräsidenten mit außerordentlichen Vollmachten in Bayern mitten in einer Verfassungsreform befinden, die für die politischen Verhältnisse unseres Landes von einschneidender Bedeutung sein wird.“ Hoffentlich meint Dr. Pittinger mit diesen Ausführungen nicht, was gewisse Kreise der Bayerischen Volkspartei auf dem Umwege über den Staatspräsidenten anstreben? Nachher sprach Dr. v. Kahr, der sich gegen die internationalen Mächte des Bolschewismus und Großkapitalismus wandte, die unser Volk gleichmäßig unterjochen möchten und folgendermaßen schloß: „Wir brauchen ein deutsches Volk, das weiß, der Weg zur Freiheit, zu wahrem Völkerglück geht durch das Tal der Armut, durch das Tal des Todes, ein Volk, das entschlossen ist, wenn es sein soll, kühn und todesmutig diesen harten, aber einzigen Weg zu beschreiten. Wen es dann in dem großen Kampf um die Freiheit trifft, aus dem Lichte zu scheiden, der ziehe hin nach Walhall und verkünde dort den Großen unserer Nation, daß das deutsche Volk noch seines Namens wert ist. Die aber, die durch die Nacht des Todes sich hindurchschlagen zur Sonne des Lebens, die mögen die kampfzerfetzten Fahnen Weiß-Blau und Schwarz-Weiß-Rot aufpflanzen zu einem neuen, freien Vaterland und in einem wahrhaft freien deutschen Volk.“

Das deutsche Lied. Der Liederabend, mit dem der Hochschulring deutscher Art am 8. Mai im Mathildensaal seine Veranstaltungen in diesem Semester begann, fand noch mehr Anklang als derjenige des vergangenen Jahres. Walter Hensel und seine Frau Olga brachten mit ihren angenehmen Stimmen ein Frühlingslied Neidharts von Reuental, ein Winterlied Walthers von der Vogelweide in des Dichters Mittelhochdeutsch und einen alten Schweizer Maitanz mit Chorbegleitung zum Vortrag. Besonders das erste Lied, zu dem Walter Hensel statt der verlorenen alten selbst eine ausgezeichnete Weise gesetzt hat, atmete so recht die Stimmung der Volkslieder früherer Jahrhunderte. Es folgten mehrere Lieder aus der mährischen Heimat der Künstler und aus Nordböhmen. Der Burschenchor zu dem prächtigen Wildschützenlied gab eine kräftige, eindrucksvolle Begleitung. Mehreres wurde noch mundartlich gesungen, so das mährische, eigenartig aus weltlichem und geistlichem Stoff zusammengesetzte Lied von der goldenen Schnur, das lustige „Mai kum aich denn“ und das Scherzlied „Die Kuckucksuhr“. Ein wenig bekanntes Wiegenlied von Detlev von Liliencron und drei Lieder von Hermann Löns zeigten, wie trefflich auch neuere Dichter sich in die Denk- und Fühlweise des Volkes hineinzuversetzen wissen. Der vollbesetzte Saal spendete so reichen Beifall, daß noch Zugaben gewährt wurden.

Lichtbildervortrag: Die Konklavetage des Jahres 1922. Am Montag, den 14. Mai, abends 8 Uhr, im Audi- Geschäftsstelle des Asta, Universität, Baron v. Cramer-Klett. Der Vorverkauf der Eintrittskarten beginnt am 9. Mai sowohl beim Hausverwalter der Universität als auch in der Geschäftsstelle des Asta, Univesität, Zimmer 144, und am Büffet des Erfrischungsraumes der Techn. Hochschule. Preise der Plätze: Reservierter Sitzplatz 1000 M., nicht numerierter Sitzplatz 500 M., Studentenstehplatz 100 M. Der volle Erlös des Abends fließt der notleidenden Studentenschaft der Münchner Hochschulen zu. Der Vortragende wird das hochbedeutsame Thema an Hand wundervoller Lichtbilder behandeln: Beisetzung Benedikt XV., Wahl und Krönung Pius XI. und historisch-politischer Rückblick über die weltgeschichtliche und kirchengeschichtliche Bedeutung der Papstwahl.

Wiedersehensfest des Edelweißkorps. Zu den Pfingstfeiertagen wird die Stadt Salzburg ein großes Fest schauen: das Wiedersehensfest des Edelweißkorps und aller ehemaligen Feldzugssoldaten. Aus dem benachbarten Bayern und aus dem herrlichen Südtirol, aus dem Burgenlande, der Tschechoslowakei, sowie aus allen Bundesländern, namentlich aus Tirol, von wo sich bereits Tausende zum Feste angemeldet haben, aus Ober- und Niederösterreich, aus Kärnten und Steiermark und selbstverständlich auch aus allen Gegenden Salzburgs werden sich Festteilnehmer einfinden. Bis jetzt sind an den Festausschuß schon viele Anmeldungen eingelaufen. Das Fest wird aber einen besonderen Rahmen dadurch erhalten, weil gemeinsam mit demselben auch die beiden Salzburger Veteranenvereine, der Fürst Karl Auersperg- und der FM. Graf Radetzky-Kriegerverein ihr 60jähriges bzw. 50jähriges Gründungsfest feiern und auch bereits zahlreiche Veteranenvereine, u. a. der Bayer. Landeskriegerbund und die Leibervereinigung München ihre Teilnahme am Feste zugesagt haben. Am Pfingstsamstag finden im Hotel Pitter, im großen Kurhaussaale sowie im Gasthof Sternbräu die Begrüßungsabende statt. Pfingstsonntag ist Festzug zum Residenzplatz, woselbst die Feldmesse zum Andenken an die Gefallenen des Weltkrieges gelesen werden wird. Usw.

Dressurprüfung. Der Klub für rauhhaarige Terriers, Ortsgruppe München, hält am Sonntag, den 13. Mai 1923, vormittags 9 Uhr beginnend, auf dem eingezäunten Pionierübungsplatz Oberwiesenfeld am Kanal eine Dressurprüfung ab. Richter: Polizeioberwachtmeister Regner; Dressurleitung Kriminaloberinspektor Götz und Kinast. Die Hunde werden auf Nasen, Gehorsam und Mannarbeit geprüft. Dressurstunden finden für Mitglieder jeden Samstag ab 3 Uhr nachmittags und Sonntag vormittags von 8 bis 12 Uhr statt. Preisverteilung mit Unterhaltungsabend ab 7 Uhr im Klublokal Restaurant Leistbräu, Sendlinger Str. 53/54. Gäste herzlich willkommen.

Bestattungen

Am 10. Mai.

Ostfriedhof. Josef Lackner, Schreinerskind, 4 J., 2¼ Uhr. — Helene Büget, Kellnerskind, 1 J. 9 Mt., 1¾ Uhr. — Josef Werner, Lagermeisterskind, 1 J. 7 Mt., 3¼ Uhr. — Alfred Karl, 21 Tag, 2 Uhr.

Altnördl. Friedhof. Anna Stückert, Mechanikersgattin, 76 J., 3¾ Uhr.

Nordfriedhof (Schw.): Michael Rothmeier, Zimmermann, 61 J., 3¼ Uhr. — Karl Nippgen, Laborant, 84 J., 2¼ Uhr. — Marg. Kascherek, Schneidermeistersgattin, 57 J., 3 Uhr. — Hildegard Betz, Droschkenbesitzerskind, 1 T. — Lotte Ramstetter, 1 Tag, 4 Uhr.

Westfriedhof (Moosach): Franz Scherm, Einkassierer, 50 J., 2½ Uhr. — Therese Hatzinger, Taglöhnersgattin, 72 J. 7 Mt., 2½ Uhr. — Johann Bergbauer, Zimmermannskind, 1 J. 8 Mt., 2 Uhr.

Waldfriedhof: Joseph Biermayer, Packer, 68 J., 2 Uhr. — Maria Geißler, Kaufmannskind, 7 J. 7 Mt., 2¼ Uhr. — Babette Zanzinger, 3 Mt., 3 Uhr.

Wegen des Feiertags (Himmelfahrt) erscheint die nächste Ausgabe Freitag, abends 8 Uhr.

Bayern

Der Fall Luppe

Amtlich wird mitgeteilt:

Das Staatsministerium des Innern hat in der Angelegenheit des Oberbürgermeisters Dr. Luppe die nötigen Erhebungen veranlaßt. Von ihrem Ergebnis wird das weitere abhängen.

Im Nürnberger Stadtrat versuchte Dr. Luppe sein Verhalten zu rechtfertigen, worauf sämtliche Redner, auch diejenigen der Deutschnationalen, ihre Zustimmung aussprachen. Nur die Bayerischen Volksparteiler nahmen gegen den Oberbürgermeister Stellung.

Das Landessperrgesetz

Die Erzbergersche Finanzunitarisierung hat den Beamten auch das Sperrgesetz beschert, das den einzelnen Ländern einen Rahmen aufstellt, den sie bei der Besoldung ihrer Staatsdiener nicht überschreiten dürfen. Bayern hat gegen dieses Gesetz stets entschieden Stellung genommen und sich vor allem dahin ausgesprochen, daß es verfassungsrechtlich ungültig sei, da es im Reichstag nicht mit der für verfassungsändernde Gesetze notwendigen Zweidrittelmehrheit verabschiedet wurde.

Das Gesetz, das ursprünglich bis 1. April 1923 befristet war, wird nun voraussichtlich bis 1. April 1926, also um weitere drei Jahre verlängert werden. Dem Reichsrat liegt eine Novelle vor, die einige Abänderungen des Gesetzes bringt, leider keine zugunsten der Beamten; sonst hätte kaum der Bayerische Beamtenbund offiziell dagegen Stellung genommen. Dem Bayerischen Landtag wurde regierungsseitig bereits im Juli vorigen Jahres ein Ausführungsgesetz zum Reichssperrgesetz, also ein Landessperrgesetz unterbreitet, das glücklich schon jetzt zur Beratung gelangt. Am Montag stand im Besoldungsausschuß die 1. Sitzung an, die zunächst eine umfängliche Debatte darüber auslöste, ob die Beratung des bayerischen Gesetzes, wie ein demokratischer Antrag im Hinblick auf die Reichsnovelle verlangte, vertagt oder durchgeführt werden solle. Gegen die Stimmen der Abg. Link, Dr. Hammerschmidt, Gollwitzer und Rothmeier wurde die Beratung beschlossen, nachdem der Regierungsvertreter, Ministerialrat Legat vom Finanzministerium, erklärt hatte, die einzige wesentliche Änderung des Reichsgesetzes sei, daß nunmehr auch Unterhaltszuschüsse im Vorbereitungsdienst und Aufwandsentschädigungen in den Geltungsbereich des Gesetzes einbezogen werden sollen. Er kündigte an, daß die bayerische Regierung gegen diese Ausdehnung des Gesetzes Widerspruch erheben werde, bestritt aber, daß die neue Vorlage des Reiches eine Bestimmung enthalte, wonach der Reichsfinanzminister die Landesschiedsgerichte, die bei Gehaltsstreitigkeiten im Falle behaupteter Leistungsunfähigkeit der Gemeinden endgültig zu entscheiden haben, durch Beauftragte kontrollieren könne.

In der Vorlage, deren Beratung hierauf begonnen wurde, ist vor allem ein Umstand gesetzlich geregelt, der bisher unter den Landesbeamten Mißstimmung erweckt hat. Die Bezüge der Gemeindebeamten dürfen nicht günstiger gestaltet werden als jene der gleich zu bewertenden Landesbeamten. Eine günstigere Regelung ist nur beim Vorliegen besonderer Verhältnisse zulässig. Art. 1 wurde angenommen, die Weiterberatung auf Dienstag vertagt.

Zur Hauptfrage, dem Kampf gegen das Sperrgesetz, wurde nach langer Aussprache gegen die marxistischen Stimmen ein Antrag Kratofiel angenommen, wonach die bayerische Staatsregierung bei Beratung der Novelle zum Reichssperrgesetz grundsätzlich erklären soll, daß die Materie nicht zur Zuständigkeit der Reichsgesetzgebung gehört. Die Staatsregierung wird beauftragt, eine etwa geplante Verschlechterung des Reichssperrgesetzes, vor allem die Ausdehnung der Schematisierung aller Beamtenverhältnisse, die Verringerung der Zuständigkeiten der Länder, die Zuziehung von Beauftragten des Reichsfinanzministeriums zu den Landesschiedsgerichten mit allem Nachdruck zu bekämpfen und für eine größere Bewegungsfreiheit der Länder einzutreten.

Im weiteren Verlauf der Beratung des Landessperrgesetzes teilte die Regierung mit, daß die vor dem 24. Dez. 1920 erworbenen Rechte der Gemeindebeamten durch das Gesetz nicht angetastet werden. Der Gesetzentwurf wurde unverändert angenommen; in der Pfalz soll der Vollzug den dortigen besonderen Verhältnissen Rechnung tragen.

Zu einem demokratischen Antrag an die Regierung, beim Reiche erneut für die Gewährung einer allgemeinen Grenzzulage an die Beamten an der tschechoslowakischen Grenze einzutreten und im Fall ihrer Ablehnung für einzelne unter besonders schweren Lebensverhältnissen stehende Bezirke und Orte die Gewährung eines Zuschlages zu ermöglichen, teilte die Regierung mit, die langen Verhandlungen hätten erst in der letzten Woche zu einem Erfolg dahin geführt, daß ein 26prozentiger Zuschlag auf das Grundgehalt für eine Reihe von Orten an der tschechoslowakischen Grenze bewilligt wurde. Für die Pfalz konnte eine Reihe von Hebungen erzielt werden, so daß dort durchschnittlich ein Zuschlag von 318 Prozent gewährt wird, während in den unbesetzten Teilen höchstens 101 Prozent in Frage kommen. Es ist nicht gelungen, München auf dieselbe Stufe wie Berlin zu bringen, obwohl notorisch München teurer ist wie Berlin; auch für Nürnberg und Augsburg scheiterten die Bemühungen. Die bayerische Regierung wird aber neuerdings verlangen, daß München Berlin gleichgestellt wird.

Das Beamtenrätegesetz

Der Ortsausschuß München des Gesamtverbandes Deutscher Beamtengewerkschaften (christlich-national) hatte am 3. Mai die Vertrauensmänner der angeschlossenen Organisationen und die Beamtenausschußmitglieder der Eisenbahn und Post im Augustinerkeller versammelt, um zur Behandlung des Gesetzentwurfes über Beamtenräte Stellung zu nehmen. Das Referat erstattete Sekretär Jahn von der Deutschen Postgewerkschaft. Er geißelte unter dem Beifall der Versammlung das nach Ansicht der Beamten offenkundige Bestreben der Reichstagsparteien, der Reichsregierung und vor allem auch der bayerischen Landesregierung, einen Torso vom Beamtenrätegesetz zu schaffen oder überhaupt die Verabschiedung des den Beamten in der Reichsverfassung in Aussicht gestellten Vertretungsgesetzes noch weiter zu verschleppen.

Nachstehende Entschließung wurde einstimmig angenommen:

„Die dem Gesamtverband Deutscher Beamtengewerkschaften angeschlossenen Münchener Beamtengewerkschaften haben am 3. Mai in einer Versammlung von Vertretern der sämtlichen angeschlossenen Verbände und der in den Beamtenausschüssen der Eisenbahn und Post tätigen Mitglieder zum künftigen Beamtenrätegesetz Stellung genommen.

Die seitherige Behandlung des Gesetzentwurfes im zuständigen Reichstagsausschuß und die Stellungnahme mehrerer Länderregierungen, darunter der bayerischen, läßt erkennen, daß den Beamten ein nennenswertes Mitbestimmungsrecht nicht zugestanden werden soll.

Gegen diese, aus einem unverständlichen Mißtrauen gegenüber den Beamten entspringende Behandlung eines Gesetzentwurfes, auf dessen Verabschiedung die Beamten seit Jahren vergeblich warten, legt die Versammlung entschieden Verwahrung ein.

Der vom Gesamtverband seinerzeit vorgelegte Gesetzentwurf fordert für die Behandlung der persönlichen Angelegenheiten der Beamten ein Mitbestimmungsrecht, welches in der Spitze durch die Entscheidung einer Schlichtungsinstanz ausgeübt werden soll.

Diese Forderung erheben wir neuerdings mit größtem Nachdruck.

Wir fordern die Parteien und Regierungen auf, endlich die widerwärtige Feilscherei um das Beamtenrätegesetz abzuschließen.

Wir sprechen die bestimmte Erwartung aus, daß die dem Deutschen Gewerkschaftsbund nahestehenden Abgeordneten in unzweideutiger Weise in diesem Sinne tätig sind, und daß der Deutsche Gewerkschaftsbund seinen ganzen Einfluß bei den Parteien und bei den Regierungen geltend macht, um den Beamten baldigst zu ihrem Recht zu verhelfen.

*

Die Landeswucherabwehrstelle. Im Staatshaushaltsausschuß des Landtags wurde am Dienstag abend das Kapitel Landeswucherabwehrstelle beraten und genehmigt. Es kehrten die alten Dinge wieder, da bei der Stelle die Kritik meist daran einsetzt, daß nicht immer die geeigneten Sachverständigen herangezogen werden und vielen Leuten die ganze Einrichtung sehr unsympathisch ist; aber man erkannte doch an, daß die Stelle zur Zeit nicht entbehrt werden kann. Die Tätigkeit und den Aufgabenbereich der Landeswucherabwehrstelle umriß Oberamtmann Karcher unter Hinweis darauf, daß die beste Wucherpolizei nicht Preissteigerungen verhindern, sondern nur Auswüchse und Mißstände bekämpfen könne. Die Reichsregierung ist damit befaßt, die ganze Wuchergesetzgebung abzuändern und einheitlich zu gestalten. Die bayerische Regierung hat hierbei die vom Landtag erhobenen Forderungen vertreten. Die Richtlinien für den Wucherbegriff in die Verordnung selbst zu verankern, trägt die Reichsregierung Bedenken. Der Leistungswucher wird voraussichtlich einbezogen werden.

Der Gutachter nahm hierauf die Gutachter und Sachverständigen in Schutz, die rasch, zuverlässig und gewissenhaft arbeiteten. Die Geldentwertung wird mit in Rechnung gezogen. Es wird darauf geachtet, daß zweifelhafte Elemente keine Handelserlaubnis erhalten.

Im Schlußwort der Berichterstatter, der Rechtsanwälte Graf Pestalozza und Frölich, wurde Klage über die mangelnde Überwachung der Truste, Syndikate, Ringe und Kartelle geführt und erklärt, daß es auch als Wucher zu betrachten sei, wenn die Banken 180 Prozent nehmen.

Die Besoldung der Geistlichen. Im Haushaltsausschuß des Landtags wurde ein Antrag der Bayer. Volks- und Mittelpartei auf Gewährung der örtlichen Sonderzuschläge auch an die Geistlichen nach Meinungsäußerung der Staatsregierung in der Form angenommen, daß den Geistlichen die örtlichen Sonderzuschläge ab 1. April 1923 in der halben den Beamten gewährten Höhe gewährt werden sollen.

Wünsche des Polizeipersonals. Im Staatshaushaltsausschuß des Landtags wurden beim Etat des Innern beim Kapitel Polizeidirektion die Angaben des Kriminalbeamtenvereins München und der Fachgruppe der Kriminalbeamten behandelt, die eine Neuorganisation der Kriminalpolizei und eine Hebung gewisser Stellen anstreben. Die Petitionen wurden der Staatsregierung als Material überwiesen, nachdem diese erklärt hatte, daß ein Teil der Wünsche berechtigt, daß sie zur Zeit mit der Prüfung der Angelegenheit beschäftigt sei, und daß an die Neuorganisation voraussichtlich im Herbst des Jahres gegangen werden solle.

Bayerische Rundschau

Friedberg (Obb.). (Ein Wilderer erschossen.) In einem Walde bei Pfaffenzell wurde von einem Förster aus Derching abends ein des Wilderns verdächtiger Mann angetroffen. Er verweigerte dem Förster die Angabe seines Namens, flüchtete hierauf schleunigst in ein Dickicht, worauf ihm der Forstmann einen Schuß nachschickte. Am anderen Morgen wurde der Mann erschossen aufgefunden. Es handelt sich um den verheirateten Hilfsarbeiter Friedrich Maier aus Augsburg.

Nürnberg. (Nürnberg als Sängerstadt.) Wie bekannt, findet das 13. Fränkische Sängerfest, das erste nach dem Kriege, in diesem Jahre in Nürnberg statt, und zwar vom 21. bis 23. Juli. Mit Rücksicht auf das Deutsche Turnfest, das vom 14. bis 18. Juli in München stattfindet, haben die Leitung des Fränkischen Sängerbundes und der Festausschuß beschlossen, die große Sängertagung um acht Tage zu verlegen. Die Anmeldungen sind außerordentlich zahlreich eingegangen, nahezu 300 Gesangvereine haben sich bereits gemeldet. Im Mittelpunkt des Festes steht das „Große Hauptkonzert“ am Sonntag, den 22. Juli, in welchem ein Kinderchor von 1000 Knaben und Mädchen der hiesigen Volkshauptschule mitwirkt. Sämtliche Veranstaltungen finden in der Städtischen Festhalle im Luitpoldhain statt.

Lichtenfels. (Das aufgelassene Wohnungsamt.) Infolge fortgesetzter „Anpöbelungen“ haben sich die Mitglieder des Wohnungsamts außerstande gesehen, ihr Amt weiterzuführen. Auch sonst konnte niemand gefunden werden, der sich zur Übernahme des Postens bereiterklären wollte. Deshalb hat nunmehr der Stadtrat beschlossen, das Amt überhaupt aufzulassen und freiwerdende Wohnungen in den Stadtratssitzungen zu vergeben. — Wenn nur das Münchener Wohnungsamt schleunigst dasselbe Ende nähme! Mit Ausnahme des jüdischen Schieberpacks würde ihm sonst niemand in München eine Träne nachweinen!

Ein Volksfeind und seine Bekämpfung

Dr. med. F.

Unter den von der Feindesmente unbarmherzig auf uns losgelassenen schwarzen Übeln der schwärzesten eines ist jenes Krankheitsgespenst, das einem durch Kriegsentbehrungen, Unterernährung und Nachkriegselend vorbereiteten Nährboden üppig entsprießen mußte: die Lungentuberkulose. Mit der unwiderstehlichen Gewalt eines apokalyptischen Reiters ist diese verheerende Volksseuche in den letzten Jahren über alle Schichten und Kreise des deutschen Volkes hinweggestürmt, und alle prophylaktischen Maßnahmen einer wissenschaftlich fundierten Vorkriegshygiene, die bei konsequenter Durchführung einen festen Damm gegen das Übel hätten aufrichten können, sind in den letzten Jahren infolge der verhängnisvollen Wohnungsnot und ihrer Folgen zuschanden geworden.

Die Auswirkungen der brutalen Nachkriegspolitik unserer Feinde haben aber nicht nur die vorbeugende Bekämpfung der Lungenkrankheiten illusorisch gemacht, sondern auch die Behandlungs- und Heilungsmöglichkeiten selbst auf ein Minimum herabgedrückt. Der tief gesunkene Wert der deutschen Mark verbietet den allermeisten von vornherein kostspielige und langwierige Sanatoriumsbehandlung im Inlande, geschweige denn im valutastarken Auslande (Davos, Pontresina usw). Aus diesem Grunde wendet sich der Blick der Hilfesuchenden wieder vorwiegend auf die Fortschritte in der medikamentösen Behandlung.

Unter den eine relativ rasche Wirkung zeigenden Mitteln verdient nun nach unserer Beurteilung, die sich auf bisherige Heilerfolge und auf beglaubigte Zeugnisse von Genesenen sowie Gutachten von Fachautoritäten stützt, ein Erzeugnis größte Beachtung, dessen Bedeutung sowohl in palliativer Heilkraft als auch in prophylaktischer, also vorbeugender Wirkung besteht.

Es handelt sich um die in kurzer Zeit schon weithin bekannt gewordenen O.H.E.-Tabletten, welche die Firma Dr. H. Ernst & Co. in Kempten (Allgäu) unter ärztlicher Kontrolle herstellen läßt.

Nach den sehr günstigen Gutachten bekannter Lungenspezialisten, die wiederum auf Untersuchungen und praktische Erfahrungen namhafter Ärzte (darunter angesehener Münchener Mediziner) gestützt sind, darf in diesen Tabletten, die den Vorzug verhältnismäßiger Wohlfeilheit besitzen, ein der ernsten Beachtung würdiges Heilmittel erblickt werden, das sowohl durch seine einzelnen Bestandteile als auch durch deren glücklich besserte Kombination einen relativ schnellen und zuverlässigen Erfolg in der Behandlung von Tuberkulose und anderen Erkrankungen der Respirationsorgane, z. B. Asthma, gewährleistet.

Es verdient noch hervorgehoben zu werden, daß die Zusammensetzung dieser Tabletten derart ist, daß schädliche Nebenwirkungen gänzlich ausgeschlossen sind.

Die Heilerfolge des nunmehr in jeder Apotheke erhältlichen Mittels gehen bereits in die Tausende und sind einwandfrei durch z. T. notariell beglaubigte, durch die Behörden geprüfte Zeugnisse aus allen Teilen Deutschlands und darüber hinaus erhärtet. An diese Zeugnisse Genesener schließen sich Beobachtungen von Heilerfolgen durch Ärzte, wie diese aus der praktischen Anwendung der O.H.E.-Tabletten bereits gewonnen wurden. Dabei handelt es sich u. a. auch um Fälle, in denen als hoffnungslos aufgegebene Kranke in auffallend kurzer Zeit der Gesundheit und damit dem Leben zurückgegeben werden konnten.

Aus der Bewegung

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei

Heute, Mittwoch, Abend

im Bürgerbräukeller Deutsche Feier!

Adolf Hitler spricht!

Militärmusik! Vorträge! — **Erscheint in Massen**

Möblierte Zimmer für unsere vertriebenen Parteigenossen werden gesucht. Wir ersuchen unsere Anhänger, etwa zur Verfügung stehende Zimmer umgehendst im Parteilokal, Corneliusstr. 12/0, bei Pg. Christian Weber anzumelden. Alle Anfragen und Gesuche betr. Zimmer sind an diesen Parteigenossen zu richten. Die Schriftleitung des „Beobachter" hat damit nichts zu tun.

Kampfgruppe deutschvölkischer Flieger und Kraftfahrer!

Der alte Fliegergeist soll auch in der deutschen Freiheitsbewegung an der Front sein. Darum geht unser Ruf an alle kampferprobten

Flieger, Kraftfahrer, Monteure usw.: Hinein in unsere Reihen!

Schriftliche Anmeldungen und Auskunft: E. Tönjes, München, Kaulbachstraße 9a, oder Schriftführer Herzog, München, Hotel Kaiserhof, Schützenstraße, 8—9 Uhr, Fliegerstammtisch.

*

Mitteilungen auswärtiger Ortsgruppen

Freising. Die am 5. d. M. abgehaltene Volksversammlung war außerordentlich gut besucht. Der Nationalsozialismus marschiert auch hier trotz eines wahnsinnigen Terrors, der von seiten der marxistischen Partei dagegen eingesetzt wird. Als Referent war diesmal Pg. Dr. Klotz aus Frankfurt a. M. erschienen, der in hervorragender Weise, oft durch stürmischen Beifall unterbrochen, das Thema behandelte: „Nationalsozialismus, Deutschlands Rettung". In seinem Referat beschäftigte sich Pg. Dr. Klotz insbesonders mit der Entschlußlosigkeit und Feigheit und Seiltänzerei der bürgerlichen Parteien, um dann mit dem Marxismus und insbesonders mit der freien Gewerkschaftsbewegung gründlich ins Gericht zu gehen. Eine Aussprache fand nicht statt. Die Herren, voran der Volksparteihäuptling Dr. Scharnagl, die sonst ein so großes Mundwerk gegen unsere Bewegung besitzen, hielten es für geraten, an dem Abend nicht zu erscheinen. Mit einem warmen Appell zum Beitritt in die Bewegung und zum entschlossenen Kampf, schloß der Führer der Freisinger Ortsgruppe, Pg. Gill, die Versammlung.

Königshofen. Am 29. April sprach hier in einer großen öffentlichen Volksversammlung an Stelle des in letzter Stunde verhinderten Pg. Kellerbauer, Nürnberg, die verehrte Vorkämpferin und Führerin der völkischen Bewegung in Franken Frau Ellendt über „Wesen und Grundsätze des Nationalsozialismus". Im Städtchen herrschte reges Leben. Von allen Seiten strömten die Mannschaften des Sturmtrupps Frankenland herbei, und ebenso die bäuerliche Bevölkerung. Das Referat der Frau Ellendt war packend, wie immer, tosender Beifall der Beweis, daß hier der Gedanke der deutschen Freiheitsbewegung gesiegt hat.

Die Ausführungen lösten eine bewegte Aussprache aus. Sämtliche Einwendungen wurden von Frau Ellendt in treffender Weise entkräftigt. Die Versammlung war ein voller Erfolg der jungen Ortsgruppe.

Türkheim. Der Ausschuß zur Gründung einer nationalsozialistischen Ortsgruppe Türkheim-Bad Wörishofen hielt am 3. Mai in Türkheim eine öffentliche Aufklärungsversammlung ab, in der die Parteigenossin Fräulein Schnitzenberger, Nürnberg, einen temperamentvollen Vortrag hielt und mit den Feinden unserer Bewegung scharf abrechnete. Die Versammlung endete mit einem glänzenden Erfolg und zahlreichen Neuaufnahmen.

Dr. Bamberger berichtigt

Der im Zusammenhang mit unserem Bericht über die Versammlungssprengung in Kronach genannte Dr. Bamberger fühlt das Bedürfnis, sich von dem ihm gemachten Vorwurf, der Spiritus Rektor des ganzen Unternehmens gewesen zu sein, reinzuwaschen. Infolgedessen berichtigt er: Er habe keinerlei Angriffe auf die nationalsozialistische Versammlung in Kronach organisiert, niemanden für Angriffe auf diese Versammlung einen Pfennig geschweige denn Millionen bezahlt. Außerdem meint Herr Dr. Bamberger, sei er auch kein Bolschewist, habe sich politisch nie betätigt und stehe auf dem Boden einer bürgerlichen Partei, wozu wir nur bemerken, daß, wenn er auf dem Boden der demokratischen Partei steht, er nicht nur ein Bolschewist, sondern ein Edelspartakist reinster Sorte ist.

Wirtschaftskampf des Nationalsozialismus

In der Sektionsversammlung „Innere Stadt" (Mathäser) sprach am Montag der Handelsredakteur des „Völkischen Beobachters", Dr. Hans Buchner, über den Wirtschaftskampf des Nationalsozialismus.

Ausgehend von der politisch-wirtschaftlichen Versklavung Deutschlands (von der Rathenau im Jahre 1919 ein düsteres Zukunftsbild entwarf, und deren „Notwendigkeit" Wilson im amerikanischen Senat als für Amerikas Gläubigerforderungen an die Entente bedingungslos bewies), zeichnete der Redner in scharfen Strichen ein Bild von der gegenwärtigen internationalen Finanzlage, von dem Siegeszug des anglo-amerikanischen Leihkapitalismus'. Die Begriffe „Kapital" und „Kapitalismus" müssen heute, ebenso wie die hypnotisierenden politischen Schlagworte „Reparationen" oder „Sanktionen" oder „Weltgewissen", dazu dienen, den politischen Kampf zwischen der völkischen Staats- und Wirtschaftsauffassung einerseits und dem Internationalismus aller Farben andererseits, auch zwischen jenen zwei Gruppen produktiv Arbeitender nie zur Ruhe kommen zu lassen: zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber.

Kapital ist ein unentbehrliches Hilfsmittel zu jeder produktiven Tätigkeit. Die menschliche Arbeit allein bringt mit Hilfe des Kapitals Werte hervor. Das Kapital ohne menschliche Arbeit ist machtlos.

Das Wesen des Kapitalismus liegt in der Kapitalbeteiligung, dem Leihkapitalismus, der keine Werte erzeugt, sondern nur ungeheure Zinssummen aufbringt, welche dem Kapital (das zu jeder produktiven Tätigkeit nötig ist) entzogen werden. Das Kapital wird durch den hochentwickelten Zinsendienst des Leihkapitalismus bis zum Weißbluten zur Ader gelassen (Kapitalerhöhung, Kapitalverwässerung) und sinkt so dem internationalen Leihkapitalismus (der nach dem Zeugnis anerkannter Fachleute das innerhalb der Völker laufende Leihkapital schon aufgesogen hat) in die erwartungsvoll ausgebreiteten Arme.

Hier zieht der Nationalsozialismus den schärfsten Trennungsstrich gegen die „Wirtschaftspolitik" des Marxismus einerseits und des leihkapitalistischen „Unternehmertums" andererseits. Die Begriffe des „Unternehmers", des „Arbeitgebers" und „Arbeitnehmers" stellen sich durch die Folgeerscheinungen des überhandnehmenden Leihkapitals gänzlich anders dar, als ehedem. Die Gewerkschaften, welche ursprünglich auf wirtschaftspolitisch neutralem Boden standen, haben in Verkennung und Verfälschung der Lage bisher nichts zur Klärung dieser Verhältnisse unternommen.

An Stelle des Arbeitgebers, des Unternehmers im wirklichen Sinn des Wortes ist allmählich der Gläubiger, der Leihkapitalist getreten. Das Verhältnis dieser „Unternehmer" zum Unternehmen und Unternehmer ist das Verhältnis des Gläubigers zum Schuldner. Diese Schuldner aber sind, anders ausgedrückt, diejenigen, welche man immer noch als „Arbeitnehmer" bezeichnet. Der Leihkapitalismus in seinen, immer größere Formen annehmenden Wirkungsgebieten (Trusts, Syndikate, Privatmonopole, ferner bedingt: Kommanditgesellschaften auf Aktien, Genossenschaften, Aktiengesellschaften) hat den naturrechtlichen Eigentumsbegriff völlig aus dem Wirtschaftsleben zu verdrängen.

Von zwei Seiten sind Reformen im Gange, um der wirtschaftlichen Not unserer Zeit „abzuhelfen", ohne daß einer von beiden bisher ein wirklicher Erfolg beschieden war. „Sozialisierung" von links und „Gewinnbeteiligung" von rechts sind die beiden sich feindlich gegenüberstehenden Vorschläge. Beide ruhen auf unzureichender Grundlage. Abgesehen davon, daß „Sozialisierung" im Sinne des gläubigen Marxisten heute zugestandenermaßen ein überwundener Standpunkt ist (sie hat sich längst in Einzelmaßnahmen aufgelöst und verpuffte wirkungslos), lehnt sie den Begriff des naturrechtlichen Eigentums ab. Die „Gewinnbeteiligung", welche mit zunehmender Bedeutung an Stelle der Sozialisierung tritt, ist ein grundsätzlicher Friedensvertrag mit dem Leihkapitalismus, lehnt also im Sinne der leihkapitalistischen Wirtschaftspolitik das naturrechtliche Eigentum ebenfalls ab.

Hier setzt das Wirtschaftsprogramm des Nationalsozialismus mit den Forderungen der § 13 und 14 des Parteiprogrammes ein: Das naturrechtliche Eigentumsrecht mit den Rechten und Pflichten der Arbeit, des Aufwandes, des Risikos, der Verteidigung und des Gebrauchsrechts schlägt eine Brücke von der Sozialisierung zur Gewinnbeteiligung unter folgenden Grundsätzen:

a) Verstaatlichung aller als Syndikate, Trusts und Privatmonopole zu bezeichnenden, also leihkapitalistisch orientierten Betriebe.

b) Gewinnbeteiligung an allen Betrieben, die nicht leihkapitalistisch orientiert sind, also nicht unter die in die erste Kategorie fallenden einzubeziehen sind.

Dabei spielt Größe, Beschaffenheit und Ausbau eines Betriebes oder Unternehmens ebensowenig eine Rolle, als der Kardinalsatz von der Brechung der Zinsknechtschaft, welcher aus unserer Auffassung des Leihkapitalismus und seines Gegenpoles, des naturrechtlichen Eigentumes ohne weiteres ersichtlich bleibt.

Verstaatlichung und Gewinnbeteiligung, beide auf Grund des naturrechtlichen Eigentumsrechtes der Volksgesamtheit und einzelner Erwerbskreise sind also die stärksten Eckpfeiler des nationalsozialistischen Wirtschaftsprogrammes. Sie umfassen und bewältigen jene beiden anderen, trotz aller „Versuche", immer noch zum Klassenkampf treibenden Streitfragen der „Sozialisierung" und des „Wirtschaftsfriedens" (Gewinnbeteiligung) auf der Basis einer völkischen Wirtschaftsgemeinschaft, die den innervölkischen Klassenkampf sowohl und den zwischenvölkischen „Wirtschaftsfrieden" ablehnt: auf Grund der völkischen, wahrhaft klassenfriedlichen Wirtschafts- und Volksgemeinschaft.

Der mit stürmischem, langanhaltendem Beifall aufgenommene Vortrag löste eine anregende Aussprache aus, in der besonders Pg. Emmer, ein alter Gewerkschaftler, die Ausführungen des Referenten vom Standpunkte des Arbeitnehmers beleuchtete. Parteigenossen aus Werdau (Sachsen) und Bremen dokumentierten durch kurze Ansprachen den großdeutschen Charakter der Bewegung. Ein Pg. aus Freising wies darauf hin, daß die Lösung der politischen Machtfrage der erste Schritt zur sozialen Hebung unseres Volkes sein müsse. Pg. Brückner warb mit anfeuernden Worten für die S.A., zu deren Unterstützung er besonders die älteren, kriegserprobten Parteigenossen aufforderte. Versammlungsleiter Pg. Esser beschäftigte sich kurz mit ein paar politischen Tagesereignissen, besonders der eigentümlichen Haltung des Münchener Polizeipräsidenten.

Herr Auer sucht Provokationen

Über die Vorgänge in Giesing am 3. Mai wird uns noch geschrieben:

Sie sind immer die Provozierten, die roten Bonzen und ihr gekaufter Anhang. Herzzerreißend tönt alle Tage das Waihgeschrei aus dem Altheimereck: „Gott! mer schlagt uns!, mer überfällt und schießt uns alle Tag," und im Landtag wirft sich der Proletarier Auer ob der „unerhörten Provokationen" in die Heldenbrust.

Der letzte Vorfall in Giesing war dafür typisch. Schon seit längerer Zeit werden unsere Giesinger Sturmleute bei jeder Gelegenheit von den Marxisten in der herausfordernsten Weise angepöbelt und einzeln überfallen, aber meist mit unbeabsichtigtem Erfolg. Die beiden Söhne des Bäckermeisters Kiefer waren derartigen Schikanen besonders in den letzten Wochen häufig ausgesetzt. Am Hause, in dem sie wohnen, hatten Bubenhände zur Kennzeichnung ein großes Hakenkreuz mit Farbe hingeschmiert. Die Führer einiger Marxistentrupps versäumten nie eine Gelegenheit, vor dem Hause zu halten, Front zum Hakenkreuzhaus zu machen und ihre Schäflein über diese reaktionäre Örtlichkeit zu instruieren. Einige drangen schon einmal im Hause selber ein, um die inneren Eingänge in Augenschein zu nehmen. Die dabei fallenden Äußerungen ließen keinen Zweifel darüber zu, was diese Bande eigentlich beabsichtigte.

Am Abend des 3. Mai, kurz vor 8 Uhr, sammelten sich auf der Straße und in den Anlagen vor dem Hause verdächtige Gruppen, bald 50—60 Mann. Die oder der Rädelsführer tuschelten so leise, daß selbst die außenstehenden Genossen nichts hören konnten. Als einer den anderen fragte, was es gäbe, erhielt er zur Antwort: „Billiges Brot gibt es heute beim Kiefer." In Erkennung der Gefahr verständigte ein Parteigenosse seinen Hundertschaftsführer. Derselbe alarmierte sofort zirka zwanzig Mann und besetzte mit ihnen das Haus und die Wohnung der Bedrohten. Beim Herannahen unserer Leute wurde die Auergarde in die gegenüberliegende Wirtschaft Münsterer dirigiert, wo sich die Rädelsführer im Nebenzimmer abschlossen. Nach einer halben Stunde verließen die Marxisten das Lokal und verzogen sich allmählich in die Tegernseer Landstraße, wohin sie dauernd Verstärkung erhielten. Einige Burschen hetzten in der unerhörtesten Weise, und als einer unserer Parteigenossen ahnungslos über die Straße kam und zum Alarmplatz wollte, fiel die Meute über ihn her. Selbstverständlich eilte ein Teil unserer Leute zu Hilfe und trieb dabei den Haufen auseinander, wobei verschiedene Früchterln ihre Messer zogen, ohne allerdings damit etwas schaden zu können. Die Leute zogen sich auf Befehl sofort wieder zurück und rückten dann ab mit der Absicht, sich ins Sektionslokal im Salvatorkeller zu begeben, stießen aber auf dem Wege dorthin mit einem Trupp der Auergarde zusammen, welcher vom Nockherberg, also aus der Au, heraufgekommen war. Der Zusammenprall war derart heftig, daß die Auergardisten schleunigst Reißaus in die Anlagen an der Bahn nahmen. Einer dieser Burschen zog in der Bedrängnis eine Pistole und schoß. Man hörte ein Wehgeschrei, doch ergab eine Feststellung, daß keiner von unseren Leuten getroffen war. Einige Verprügelte blieben am Platze. Von unseren Leuten war bisher nicht geschossen worden. Es war auch bis zur Beendigung des Getümmels nur dieser eine Schuß gefallen.

Als der Weg frei war, gingen unsere Leute in Richtung Salvatorkeller weiter und stießen abermals auf einen Trupp Auergardisten, von denen einige ebenfalls Pistolen gezogen hatten.

Als die beiden Söhne Kiefers nach der elterlichen Wohnung zurückgingen, wurden sie vor dem Hause von einer mehrere hundert Köpfe zählenden Menge mit allen erdenklichen Waffen angefallen. In der Notwehr gaben sie einige Alarmschüsse in die Luft ab, worauf unsere Leute zurückeilten. Inzwischen eingetroffene Polizei trieb die Menge zurück und nahm einige Verhaftungen vor.

Der dabei **verhaftete „harmlose Geschäftsmann"**, wie die **„Post"** so unschuldig schreibt, trug **eine meterlange eiserne Klinge, welche geschliffen und** seinen **eigenen Worten nach extra für die Hakenkreuzler hergerichtet war.**

Eine inzwischen eingetroffene nationalsozialistische Hundertschaft zog durch bereits geleerte Straßen und kam dabei auch am Stammlokal der Auergarde am Mariahilfplatz vorbei. Die dauernd auf der Lauer liegenden Spitzel hatten das Herannahen unserer Leute gemeldet, und rasch wurden Türen und Fenster mit eisernen Läden verrammelt. Ein Neugieriger konnte durch einen Spalt nur noch beobachten, wie die zitternden Auergardisten **mit der Pistole in der Faust sich hinter und unter die Tische drückten und das Lokal nach** hinten räumten; dann ging das Licht aus. Nach den empfangenen Eindrücken des Abends schien den Tapferen ihr freches Mütchen stark gekühlt zu sein.

Herr Auer aber hat jetzt wieder seine Provokation, weil ja in seinem Munde das unbestreitbare Recht der Abwehr unserer Leute in eine Herausforderung umgelogen wird. — Wir fragen: warum sammelte sich der Haufen der Auergarde vor dem Hause, wenn er nicht irgendeine Absicht hatte? Wie kam es, daß die Auergarde da war, eine Minute nach dem Auseinandertreiben des Haufens an der Tegernseer Landstraße, wo der Weg vom Mariahilfplatz bis zum Kampfort mindestens acht Minuten weit ist? Warum ging die Bande gegen unsere Leute vor; wir hatten niemand einen Anlaß zum Angriff gegeben.

Das allein, allerdings, daß wir überhaupt da sind in der roten Hochburg Giesing, ist selbstverständlich schon Provokation genug.

Aber man wird sich daran gewöhnen müssen. Wir bleiben da, und zwar sehr kräftig.

*

Deutschvölkische Kampfgewerkschaften

Aus verschiedenen völkischen Gruppen der Angestellten und Arbeiter hat sich ein Bund völkischer Kampfgewerkschaften gebildet, der nach einem Bericht des „Deutschen Tageblattes" schon viele Tausende von Mitgliedern gewonnen hat. Die Kampfgewerkschaften stellen sich zur Aufgabe, die Arbeiterschaft vom jüdischen Sozialismus zum völkischen Gedanken zu führen und dazu beizutragen, das deutsche Volk aus den Sklavenketten des Börsenkapitals und von dem Einfluß der marxistischen Betrugspolitik zu befreien. Die Kampfgewerkschaften wollen nicht den bodenständigen, persönlich schaffenden Unternehmer, aber den jüdischen Betrug des unpersönlich internationalen Leihkapitals bekämpfen, der nicht mehr ein Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverhältnis darstellt, sondern ein Gläubiger- und Schuldnerverhältnis, das in der Form der unpersönlichen Gesellschaften sich zum verbrecherischen Wucher an der deutschen Arbeitskraft und Volkswirtschaft entwickelt hat. Dem entspricht das verkündete Programm, das „sich rückhaltlos zur Kultur- und Schicksalsgemeinschaft des deutschen Volkes bekennt und die Eingliederung und Gleichberechtigung der arbeitenden Schichten auf allen Gebieten wirtschaftlichen, völkischen und staatlichen Lebens erkämpfen will". Das Programm fordert fernerhin die gesetzliche Anerkennung und den Schutz des naturrechtlichen Eigentumsrechtes an den Produktionsmitteln und der Produktionsstätte, des weiteren aber auch grundsätzliche Wucherbekämpfung des internationalen Leihkapitals durch Festsetzung eines Höchstzinsfußes mit gesetzlicher Tilgung durch den Zins (Amortisation), weiter wird die gesetzliche Einführung der Beteiligung an der Produktion und Verwertung des Ertrages gefordert, ferner der gesetzliche Ausbau der Arbeiter-, Angestellten- und Betriebsräte unter Einbeziehung aller schaffenden Stände zu einem völkischen Wirtschaftsparlament. Jede internationale Bindung, „insbesonders mit Gliedern der Raubbundstaaten", wird als unvereinbar mit der Ehre eines deutschen Arbeitnehmers entschieden abgelehnt, ebenso jede Bindung mit den internationalen Klassenkampfgewerkschaften.

Hier sind also auf dem Boden der Kultur- und Schicksalsgemeinschaft des deutschen Volkes die im Reichsbund völkischer Kampfgewerkschaften zusammengeschlossenen Verbände entstanden, die eine große Macht im Kampfe um die Geltung des völkischen Gedankens zu werden bestimmt sind. Sie rufen schon heute allen Arbeitern und Angestellten zu: **Wachet auf, der Tag ist nahe!**

Handel, Finanz- und Wirtschaftspolitik

Zinswucher ohne Ende

Zur Begründung des hohen Zinsfußes wird seitens der Zinswucherer gerne ins Feld geführt, daß die hohen Verwaltungskosten die Ursache des hohen Zinsfußes, einschließlich der Provisionen, sind. Diesem Vorgeben fallen viele s. g. „Wirtschaftspolitiker" zum Opfer, indem sie dies alles gläubig nachbeten, anstatt einmal die Frage zu untersuchen, ob wirklich die hohen Kosten der Verwaltung den hohen Zinsfuß bedingen und ob die Verwaltung des Geldkapitals in dem heute erreichten Umfange notwendig und gerechtfertigt ist.

Dazu ein lehrreiches **Beispiel:**

In letzter Zeit erschien der Geschäftsbericht der „Berliner Handelsgesellschaft" und damit der erste Großbank-Abschluß für 1922.

Nach diesem verbleibt nach Abzug der Verwaltungskosten, Tantiemen, Pensionsleistungen und Steuern von zusammen 1 974 631 409,— ein Reingewinn von 680 030 988,— gegen 61 967 726 M im Vorjahre.

Die Verteilung dieses Reingewinnes erfolgt folgendermaßen: Reservefonds 400 000 000,—, Vortrag auf eine Rechnung 4 101 034,—, Gewinnanteil des Verw.-Rates 55 929 954,—, Dividende, 200 %, 220 000 000,— M.

Das heißt mit anderen Worten: dem Unternehmen wurden entzogen: zur Verzinsung des 1922 auf 110 Mill. erhöhten Kommandit-Leih-Kapitals mit 200 % (gegenüber 16 % auf das nichterhöhte im Vorjahre) die Summe von 220 Millionen Mark als Gewinnanteil des Verwaltungsrates, der für seine Tätigkeit während des Jahres aber schon eine „entsprechende" Bezahlung erhielt, die Summe von 55 929 954,—, also insgesamt 275 929 954,— M.

Und das in einem Jahre der wirtschaftlichen Not des Volkes! Aber das geschah nicht erst 1922, sondern seit Beginn des Unternehmens. Diese 275 929 954,— M sind durch das Heraussiehen aus dem Unternehmen der Gefahr des Verlustes, des Risikos, für das Unternehmen entzogen. Jede Störung des Unternehmens zwingt das Unternehmen zur Aufnahme weiterer in der Höhe wie in der Zeit unbeschränkt zu verzinsenden Leihkapitalsummen, zur „Kapitalerhöhung", wie es heute irreführenderweise genannt wird, deshalb irreführenderweise, weil die Stammgläubiger des Unternehmens, in diesem Beispiel Kommanditisten genannt, dem Unternehmen die früher angelegten Leihkapitalsummen im Laufe der Zeit unter dem „gesetzlichen Rechtstitel" Zins schon längst entzogen haben und nur dem Unternehmen die Leihkapitalsummen zu Buch stehen ließen um wieder unter dem unsittlichen, aber gesetzlichen Rechtstitel Zins hierfür auch künftig aus Unternehmen auspressen zu können. So ist dieses, wie hunderttausende anderer deutscher Unternehmen, wie von Polypen umfaßt, kraft eines „gesetzlichen Rechtes".

Betrachten wir dann noch die Zahlen der Rohgewinnverrechnung in der Gegenüberstellung von 1922 und 1921 und im Vergleich zu anderen gleichartigen nicht mehr der Volkswirtschaft, sondern ausschließlich den Zinswucherern dienenden Instituten, so sehen wir, daß alljährlich immer größere Summen durch den breitangelegten Zinskanal den deutschen Wirtschaftsunternehmungen entzogen

und den Zinswucherern zugeleitet werden.

Die Folgen hieraus sind diese:

1. Aufsaugung des Kapitals durch die Berufsleihkapitalisten;
2. Entblößung der Unternehmungen vom Kapital;
3. Vermehrung der Verwaltung der erwucherten Kapitalsummen, die den Unternehmungen entzogen werden;
4. Verhinderung der produktiven Arbeit, denn solange das Kapital „verwaltet" wird, kann es nicht zur Produktion verwendet werden;
5. Produktionseinschränkungen, welche ihrerseits wieder dazu dienen, die Preise hochzutreiben und hochzuhalten, weil nur dadurch der Zinswucher betrieben und die Zinswucherer befriedigt werden können;
6. Arbeitslosigkeit und Verarmung der produktiv geistig wie körperlich Schaffenden;
7. die Erscheinung, die Umsturzgefahren, Bolschewismus usw. genannt werden.

Und das geschieht unter den Augen einer Regierung, die sich Volksregierung nennt, das geschieht unter den Augen von Parteien, von denen sich alle auf das Volk zu stützen vorgeben, von denen sogar manche christliche Grundsätze zu vertreten vorgaben, obwohl in den hier beispielsweise gezeigten Vorgängen der schlimmste Verrat der Gerechtigkeit, der christlichen Grundsätze, verdingt, und somit die Regierungen und die Parteien, die die Gerechtigkeit vertreten sollen und zu vertreten vorgeben durch Duldung und Förderung dieser Volksauswucherung die Gerechtigkeit aufs gröblichste verraten, ein Verrat, der um so schlimmer wirkt, wenn er mit christlichen Grundsätzen zu vereinbaren gesucht wird. Solange die deutsche Wirtschaft den Berufsleihkapitalisten und Zinswucherern überantwortet ist, kann sie sich nicht erholen.

*

Unbelehrbar

In der ordentlichen Generalversammlung der Abau-Industrie, Tief- und Hochbau-Aktiengesellschaft Düsseldorf, der Baugesellschaften Leit- (Lehrer & Siemens) Konzern wurde der Jahresbericht vorgelegt. Das Unternehmen war gut beschäftigt in Industriebauten und Siedelungsbauten, und die Baumaterialversorgung ist künftig sichergestellt. Die Arbeiten zur Ausführung der übernommenen Bauten in Nordfrankreich, deren Inangriffnahme im Februar vorgesehen war, sind einstweilen zurückgestellt worden. Bei einem Bauüberschuß von 34,4 Millionen Mark und 9,4 Millionen Mark für Materialveräußerung, erforderten Unkosten 23,5 Millionen Mark, ordentliche Abschreibungen 2 Millionen Mark, Delkredere 3,04 Millionen Mark, so daß ein Reingewinn von 10,2 Millionen Mark verbleibt. Hieraus werden 70 Prozent Dividende auf die alten Aktien und auf die jungen entsprechend ihrer Dividendenberechtigung verteilt. Die Generalversammlung genehmigte sämtliche Punkte der Tagesordnung, ferner die Kapitalserhöhung um 10 Millionen Mark 7prozentiger Vorzugsaktien. Der Auftragsbestand ist auch im neuen Jahre gut. In der Generalversammlung machte ferner Kommerzienrat Dr. h. c. Lehrer längere bemerkenswerte Ausführungen über das Problem des französischen Wiederaufbaus im besonderen. Er führte aus: Der nordfranzösische Wiederaufbau bleibt eine ausschlaggebende Teilfrage in der Liquidierung des gesamten Ruhrkonflikts. So drängt sich die Frage auf: Sollte es nicht möglich sein, daß sich für Frankreich und Deutschland ein Weg findet, der den berechtigten Forderungen der beiden Länder Rechnung trägt? Selbst in einsichtigen französischen Kreisen erhebt man immer wieder die Forderung: Wir brauchen die Reparationen aus Gründen des wirtschaftlichen Bestandes Frankreichs. Wir werden aber bei uns in Deutschland des Eindrucks uns nicht erwehren können, daß der Kampf zwischen den beiden Ländern um ganz andere Fragen geht. So ist selbstverständlich, daß die von der Ruhrbesetzung am meisten getroffene westliche Wirtschaft keine eigenen Sonderwege geht. Zum Wiederaufbau braucht man Geld, Materialien und Arbeitskräfte, wobei die Finanzfrage im Vordergrunde steht. Hier wird der internationale Geldmarkt eingreifen müssen. Wenn sich die beiden Länder über den Umfang der Schuld, ihrer Art der Verrechnung und späteren Rückzahlung klar geworden sind, so dürfte in der Finanzierungsfrage des französischen Wiederaufbaus sehr wohl ein Weg gefunden werden können. Die Materiallieferung und die Arbeitskräfte spielen dann nur mehr eine nachgeordnete Rolle, obwohl auch diese Fragen eines durchgebildeten Systems bedürfen, um eine wirtschaftliche Durchführung des Wiederaufbaus zu gewährleisten. Endlich müßte der Gedanke in der Welt Fuß fassen, daß die Währungs-, Produktions- und Konsumkrise der Welt nur überwunden werden können, wenn Frankreich und Deutschland in ein Verhältnis zueinander geraten sind, das die gegenseitige Entfaltung ihrer Kräfte gestattet. Die baustofferzeugende und die bauausführende Industrie hat an der kommenden Lösung dieser Frage einen hervorragenden Anteil.

Die englischen Sanktionsgutscheine

Berlin. (Abänderung des Einlösungsverfahrens der englischen Sanktionsgutscheine.) Die Friedensvertrags-Abrechnungsstelle gibt bekannt, daß mit Wirkung ab 15. Mai 1923, d. h. beginnend mit den am 15. Mai 1923 in England ausgestellten Gutscheinen, alle Sanktionsgutscheine ohne Rücksicht auf die Höhe des Sanktionsbetrages zum Kurse des 15. Kalendertages nach dem Ausstellungsdatum (Datum des G.R.R.-Inkassostempels bzw., in Ermangelung desselben, jüngstes Stempeldatum des ausstellenden Zollamtes) eingelöst werden.

Revision des Frachtvertrages

Bern. Die internationale Konferenz zur Revision des Eisenbahnfrachtvertrages wurde eröffnet. 28 Staaten nahmen an der Konferenz teil.

Wirtschaftsrundschau

Vertrustung überall

Berlin. Unter Führung der Wirtschaftlichen Vereinigung deutscher Gaswerke A.-G. und unter starker Mitwirkung der Deutschen Girozentrale, der Deutschen Bank und der Berliner Handelsgesellschaft sowie der Rütgerswerke, A.-G., und der Deutschen Gold- und Silberscheideanstalt wurde heute unter der Firma „Industrie- und Handelsvereinigung deutscher Gaswerke, A.-G.", mit dem Sitz in Frankfurt a. M., eine Aktiengesellschaft mit einem Kapital von vier Milliarden Mark gegründet. Der Zweck der Gesellschaft ist eine großzügige Zusammenfassung und Finanzierung der Verarbeitung und des Vertriebs von Nebenerzeugnissen deutscher kommunaler und privater Gasanstalten, sowie der von ihnen benötigten Betriebsstoffe.

Die Gesellschaft hat zur Erfüllung ihrer Aufgaben auch die Unterstützung des Deutschen Städtetages gefunden. Nach der wirtschaftlichen Seite ist es ihr gelungen, sich die Organisation der Firma Hugo Stinnes für die Sicherstellung des Bedarfs an englischer Kohle nutzbar zu machen.

Der Vorstand der neuen Gesellschaft setzt sich aus denselben Herren zusammen, welche den Vorstand der Wirtschaftlichen Vereinigung deutscher Gaswerke, A.-G., bilden.

Der Aufsichtsrat wird ergänzt werden aus Kreisen der Banken und der Industrie, so daß mit dieser Gründung eine glückliche Regelung für die weitere Entwicklung des deutschen Gasfaches gefunden zu sein scheint.

Ferner gehen Gerüchte, daß ein großer Mühlenbau-Konzern eine Vereinigung mit dem Schultheiß-Ostwerke-Kahlbaumkonzern anstrebe.

Nur so zu.....

Erhöhung der Biersteuer

Berlin. Der Steuerausschuß des Reichstags verabschiedete die erste Lesung des Biersteuergesetzes, nachdem er sich auf eine Erhöhung der jetzt geltenden Biersteuer auf das fünfzigfache geeinigt hatte.

Erhöhung des Druckpreisetarifs

Berlin. Der Deutsche Buchdruckerverein teilt mit: Der am 28. April vom Zentralschlichtungsamt der Deutschen Buchdrucker gefällte Schiedsspruch, der eine 15prozentige Lohnerhöhung vorsieht, ist vom Reichsarbeitsminister mit Ausnahme der Sonderbestimmungen für Mainz, Worms und Wiesbaden für verbindlich erklärt worden. Der Druckpreistarif wird um 10 Prozent erhöht.

Verbot der Ausfuhr von Speisekartoffeln

Gegenüber anderslautenden Zeitungsnachrichten wird festgestellt, daß eine Genehmigung zur Ausfuhr von Speisekartoffeln nicht in Frage kommt. Es liegen keine Nachrichten darüber vor, daß Speisekartoffeln anstelle von Saatgut zur Ausfuhr gelangt sind. Die Zollbehörden sind angewiesen, darauf zu achten, ob Versuche gemacht werden, anstelle von Saatkartoffeln Speisekartoffeln auszuführen und gegebenenfalls einzuschreiten.

Dollaranleihe der Rhein—Main—Donau-A.-G.

Wie die „Münchener Neuesten Nachrichten" erfahren, brachte das Ergebnis der Dollaranleihe der Rhein-Main-Donau-Anleihe bis jetzt eine mehr als doppelte Überzeichnung des aufgelegten Betrages von 2 Millionen Goldmark. Die endgültigen Ziffern sind bis jetzt noch nicht festgestellt.

Die wertbeständigen Preußenanleihen

Nunmehr ist der Zeichnungspreis der preußischen Roggenwertanleihe wie folgt bestimmt worden: Als Zeichnungspreis gilt an der Berliner Börse während der Zeichnungsfrist vom 11. bis 18. Mai der amtlich notierte Durchschnittspreis für märkischen Roggen mit Abzug von 5 Prozent. Er beträgt jedoch höchstens 57 250 M. für 1 Zentner, abzüglich rund 250 M. Stückzinsen für Juni, d. i. netto 57 000 Mark. Würde also wie das nach den gegenwärtigen nicht unerheblich höheren Preisnotierungen an der Berliner Börse schon jetzt wahrscheinlich ist, der Durchschnittspreis während der Zeichnungsfrist sich höher als 57 000 Mark stellen, so hat der Zeichner dennoch nur 57 000 M. für ein Anleihestück im Werte von 1 Zentner Roggen zu bezahlen. Sollte umgekehrt wider Erwarten der Durchschnittspreis sich niedriger stellen, so gilt selbstverständlich dieser geringere Durchschnittspreis zugunsten des Zeichners. 57 000 M. ist eben der Höchstpreis. Da sonst die bekannten Roggenanleihen, wie die Mecklenburg-Schweriner Roggenwertanleihe und die Roggenwertanleihe der Roggenrentenbank schon seit einer Reihe von Tagen an der Berliner Börse erheblich höher notiert werden, so ist also dem Zeichner mit dieser niedrigen Festsetzung des Höchstpreises von vornherein die Aussicht auf einen nicht unerheblichen Agiogewinn eröffnet. Zur wertbeständigen mündelsicheren Kaliwertanleihe des Freistaates Preußen erfährt man noch, daß diese längst geplante Anleihe absichtlich bis zum gegenwärtigen Augenblick verschoben wurde, um der Möglichkeit der alsbaldigen Herabsetzung des Kalipreises zu entgehen und die Gefahr der Enttäuschung des Anleihezeichners, die am Ansehen des preußischen Staates und der etwaigen späteren Anleihen desselben abträglich sein könnte, unter allen Umständen auszuschalten. Nachdem vor etlichen Wochen noch die Frage der Kalipreisherabsetzung in Verbindung der Stützungsaktion der Mark und der allgemeinen Preisabsenkungspolitik der Reichsregierung in Schwebe war, muß sie nunmehr als endgültig negativ entschieden gelten. Im Gegenteil vermochte das Kalisyndikat die für Mai festgesetzte Sommervergütung von 15 Prozent, an die sich auch der absichtlich niedrig bemessene Zeichnungspreis hält, nur für prompte Bestellungen bis zum 15. Mai zuzugestehen, unter gleichzeitiger Beschränkung der abzugebenden Menge. Für die späteren Sommermonate wird, ebenso wie im vergangenen Jahre, eine wesentliche Verminderung bzw. ein Fortfall der Vergütung eintreten. Abgesehen davon muß es aber schon jetzt als zweifelhaft erachtet werden, ob der Bruttopreis des Kalis sich auf der gegenwärtigen, schon seit Monaten unverändert bestehenden niedrigen und vielfach schon nicht mehr die Selbstkosten der Werke deckenden Basis wird halten lassen. Der Zeichner, der statt des Bruttopreises von 27 156 M., unter Abzug des für Monat Mai geltenden 15prozentigen Rabatts, abgerundet nach unten, nur 23 000 M. für den Wert von 1000 kg (40prozentiges Kalidüngesalz) zu zahlen hat, während umgekehrt sowohl die Verzinsung wie die Tilgung und Rückzahlung sich nach dem höheren Bruttopreis des Kali bemißt, erhält also von vornherein einen beträchtlichen Vorteil.

Gesellschaften

München. Elektrizitäts-Industrie-A.-G. in München: Unter der Führung der Süd-Nordbank, A.-G., München, wurde mit dem Sitze München und einem Aktienkapital von 214 Millionen M., wovon 14 Millionen M. Vorzugsaktien sind, die Elektrizitäts-Industrie-A.-G. gegründet. Die Gesellschaft bezweckt die Förderung der elektrotechnischen Industrie, insbesondere den Betrieb von elektrischen Anlagen jeder Art und den Handel in diesen Artikeln.

München. Unter Mitwirkung der Donauländischen Kreditgesellschaft, A.-G. in München, wurde die „Bayerische Fleischeinfuhr-Verwertungsgesellschaft G. m. b. H.", in eine Aktiengesellschaft mit einem Kapitale von 40 Millionen Mark umgewandelt. Die Gesellschaft bezweckt, durch Erweiterung ihrer Basis die Versorgung Bayerns mit Auslandslebensmitteln, insbesondere mit Fleisch und Fett, noch weiter als bisher zu unterstützen.

Augsburg. Gesellschaft für Gasindustrie. In der außerordentlichen Generalversammlung waren 1476 Aktien durch sechs Aktionäre vertreten. Als einziger Punkt der Tagesordnung stand der Vergleich mit dem Reich betreffs Entschädigung für die auf Grund des Versailler Vertrags enteigneten Werke der Gesellschaft zur Diskussion. Nach dem Bericht des Vorsitzenden gab die Generalversammlung ihre Zustimmung zum Abschluß des Vertrages. Demnach erhält die Gesellschaft innerhalb eines Monats nach Unterzeichnung des Vertrages außer den bereits ausbezahlten 17 Millionen Mark weitere 225 Millionen. In dem Vergleich ist vorgesehen, daß nach Inkrafttreten des Liquidationsschädengesetzes eine entsprechende Erhöhung des Multiplikators eintreten wird.

Frankfurt a. M. Adlerwerke vorm. Heinrich Kleyer, A.-G., Dividendenvorschlag: 130 Prozent gegen 30 Prozent im Vorjahre.

Berlin. Linke-Hofmann-Lauchhammer-A.-G., Oberschlesische Eisenindustrie. Nachdem Linke-Hofmann-Lauchhammer-A.-G. den maßgebenden Aktienbesitz bei Karo-Hogenscheidt-Gesellschaft erworben hat, wurde in der kürzlichen Aufsichtsratssitzung die Interessengemeinschaft zwischen beiden festgestellt und daran anschließend die Bilanzen vorgelegt. Beide Gesellschaften haben, gemessen an unseren heutigen Wirtschaftsverhältnissen, befriedigende Abschlüsse aufzuweisen. Die Oberschlesische Eisenindustrie wird für das abgelaufene Geschäftsjahr 1922 bei der Generalversammlung eine Dividende von 200 Prozent, Linke-Hofmann-Lauchhammer-A.-G. eine solche von 240 Prozent beantragen. Der Generalversammlung der L.H.L. wird eine Erhöhung des Aktienkapitals um 350 Millionen M. vorgeschlagen werden, davon sollen 150 Millionen mit 25 Prozent Einzahlung zur Verfügung der Gesellschaft bleiben, während die anderen 200 Millionen für die Durchführung der obengenannten Transaktion verwendet werden.

Berlin. In der Aufsichtsratssitzung der deutschen Erdöl-Aktiengesellschaft wurde der Abschluß für das Geschäftsjahr 1922 genehmigt und beschlossen, der Generalversammlung eine Dividende von 400 Prozent, im Vorjahre 25 Prozent, auf das Kapital von 100 Millionen Mark vorzuschlagen. Das Erträgnis wird für das abgelaufene Geschäftsjahr mit 1 253 240 198 Mark ausgewiesen. Nach Abzug der Unkosten mit 339 672 645 M., der Steuern mit 265 291 388 M., und der verschiedenen Ausgaben mit 25 883 135 verbleibt ein Überschuß von 627 877 278 M., im Vorjahre 38 732 170 M. Die Anlagen der Gesellschaft, die im wesentlichen nach Vorkriegsgrundsätzen bewertet sind, stehen so niedrig zu Buch, daß für Abschreibungen nur 2 432 474 M., im Vorjahre 5 223 812 M., benötigt werden. Als Reingewinn verbleiben 625 444 804 M., im Vorjahre 33 303 168 Mark, wovon nach Ausschüttung von 400 000 000 als Dividende, als Abzug der statutenmäßigen Tantiemen in neuer Rechnung 185 844 804 Mark, im Vorjahre 5 384 249 M., vorgetragen werden. Die Geschäfte der Gesellschaft entwickelten sich im abgelaufenen Jahr außerordentlich; insbesondere haben der Umfang des Handelsgeschäftes und die Beziehungen zum Ausland sich erweitert. Das erste Quartal des laufenden Jahres zeitigte ein sehr befriedigendes Ergebnis.

Berlin. Im Geschäftsgebäude der Diskontogesellschaft fand die diesjährige außerordentliche Generalversammlung der deutschen Erdöl-A.-G. statt. Insbesondere wurde hervorgehoben, daß die gesamten ausländischen Beteiligungen, darunter die auf dem Wege über die internationale Petroleum-Union geführte indirekte Beteiligung an der Astra Argentina, den Credits Petrolero und der Picher San Cristobal in der Bilanz der deutschen Erdöl-A.-G. nur mit rund 75 Millionen zu Buch stehen. Die sofort zahlbare Dividende wurde von der Generalversammlung mit 400% = 4000 M. pro Aktie auf das nominell 100 Millionen betragende alte Aktienkapital festgesetzt und die Übertragung von 185 844 804 Mark auf neue Rechnung genehmigt.

Berlin. In der heute im Sitzungssaal der Berliner Handelsgesellschaft abgehaltenen außerordentlichen Generalversammlung der Permutit-Aktiengesellschaft wurde das Kapital der Gesellschaft um 35 Millionen auf 55 Millionen durch Ausgabe von 28 Millionen Mark Stammaktien und 5 Millionen Mark Vorzugsaktien erhöht. In den letzten Wochen erhielt die Verwaltung aus dem In- und Ausland umfangreiche Aufträge, so daß die Beschäftigung für die nächsten Monate gewährleistet ist. Auch nahestehende Unternehmungen sind zur Zeit ausreichend beschäftigt.

Apolda. Die außerordentliche Generalversammlung der Apollowerke A.-G. beschloß, das Aktienkapital um 18 Millionen auf 40 Millionen zu erhöhen. Unter Fortfall der gesetzlichen Bezugsrechte wird den bisherigen Aktionären auf je drei alte Aktien eine neue zum Kurse von 1000 Prozent zuzüglich Bezugsrechtpauschale durch ein Bankenkonsortium angeboten. Die restlichen Aktien werden zugunsten der Gesellschaft bestmöglich verwertet.

Münster. In der Generalversammlung der Portland-Zement- und Wasserkalk-Werke, in welcher zwei Aktionäre ein Kapital von 2 567 000 Mark vertraten (!), wurde die Verteilung einer Dividende von 100 Prozent beschlossen. Die Wickingscher Portland-Zement-Werke in Münster, welche bereits über 95 Prozent des gesamten Aktienkapitals der „Mark" besitzen, machen erneut das Angebot, die „Mark"-Aktien gegen Wicking-Aktien umzutauschen. Die Wickingwerke erklären sich erneut bereit, gegen nom. Mark 2000-„Mark"-Aktien nom. Mark 3000-Wicking-Aktien zu gewähren. An dieses Angebot halten sich die Wicking-Werke bis zum 25. Mai ds. Jahres gebunden.

Magdeburg. Unter Mitwirkung der Bankfirmen Zuckschwerdt & Beuchel und Dingel & Co. in Magdeburg wurde die seit 1877 bestehende Firma Went & Mötger, Kaffeeimport, Großrösterei, Malz- und Kornkaffeefabrik in eine A.-G. mit einem Aktienkapital von 6 Millionen Mark umgewandelt.

Kurse

München, 9. Mai, um 12 Uhr

Devisen:

Amsterdam	14 300	15 000
Christiania	6 070	6 200
Kopenhagen	6 860	6 950
Italien	1 780	1 870
London	169 500	174 000
Newyork	36 300	37 300
Schweiz	6 600	6 800
Spanien	5 500	5 620
Wien	49½	51
Prag	989	1 100
Budapest	450	530

Noten:

Amerikanische	36 750
Englische	169 000
Italienische	1 775
Rumänische	185
Schweizer	6 600
Tschechische	1 060
Österreichische	51
Polnische	75
Ungarische	49
Holländische	14 300

Zürich, 8. Mai. (Devisenkurse.) Holland 217,3, Berlin 0,0153, Wien 0,0078, Prag 16,49, Paris 36,72½, London 25,63½, Italien 26,95, Brüssel 31,65, Budapest 0,10½, Newyork 555,50, Belgrad 5,80, Warschau 0,0147, Kopenhagen 103,75, Stockholm 147,50, Christiania 98,25, Madrid 84,30, Buenos Aires 200,50.

Berlin, 9. Mai. Bei etwas festerer Tendenz wurden im heutigen vorbörslichen Devisenverkehr nachstehende Preise für die ausländischen Zahlungsmittel notiert: Holland 14 500, England 172 000, Amerika 37 500, Paris 24 5, Brüssel 2130, Schweiz 6710, Italien 1810, Norwegen 6350, Dänemark 2850, Schweden 9825, Spanien 5615, Polen 78½, Tschechien 1106, Wien ca. 51½.

*

Einkommensteuer

Am 15. Mai d. J. ist eine Vorauszahlung auf die Einkommensteuer fällig. Sie beträgt ein Viertel der für das Jahr 1921 im Steuerbescheid festgesetzten Steuer. Seitdem hat sich das Einkommen der Steuerpflichtigen außerordentlich stark erhöht. Für diesen Fall ist im Gesetz eine Erhöhung der Vorauszahlungen durch die Finanzämter vorgesehen. Die Finanzämter sind angewiesen, von dieser Ermächtigung in geeigneten Fällen insbesondere dann Gebrauch zu machen, wenn die tatsächlich geleisteten Vorauszahlungen in einem auffälligen Mißverhältnis zum gegenwärtigen Einkommen stehen. Von einer Erhöhung der Vorauszahlungen durch besonderen Bescheid wird in der Regel nur dann abgesehen werden, wenn als Vorauszahlung ein Viertel der Steuer gezahlt wird, die sich nach der Steuererklärung für 1922 ergibt. Den Steuerpflichtigen wird daher empfohlen, wenn sie nicht einen besonderen Bescheid erhalten, am 15. Mai ein Viertel des Betrages zu entrichten, der auf das in ihrer Steuererklärung für 1922 angegebene oder auf das geschätzte Einkommen des Jahres 1922 nach dem mit der Steuererklärung übersandten Tarif entfällt. Steuerpflichtige, deren Einkommen im Jahre 1922 überwiegend dem Steuerabzug vom Arbeitslohn unterlegen hat, brauchen ihre Vorauszahlung nicht zu erhöhen.

Schutz für Schuldner

Aus dem Justizministerium wird mitgeteilt: Nach dem Gesetz vom 8. März 1919 (R.G.Bl. S. 291) können einem Schuldner, dessen wirtschaftliche Lage durch die Verkehrserschwerung innerhalb des Reichs wesentlich verschlechtert würde, Zahlungsfristen auch für eine Schuld bewilligt werden, die zwar nach dem 31. Juli 1914, aber vor dem Tage entstanden ist, an dem der Reichsjustizminister nach § 5 des Gesetzes bekanntgab, mit welchen Teilen des Reiches der Verkehr erschwert anzusehen sei. Eine derartige Bestimmung war am 6. März 1920 (R.G.Bl. vom 7. März, S. 283) ergangen. Für später entstandene Schulden kam daher der Schutz nicht mehr in Betracht. Am 8. März 1923 (R.G.Bl. vom 6. April, S. 242) ist nunmehr eine zweite Bekanntmachung zu § 5 erlassen worden, mit der Folge, daß jetzt der Schutz (Zahlungsfrist, Einstellung der Zwangsvollstreckung, Rechtsfolgenbeteiligung) auch dann gewährt werden kann, wenn die Schuld vor dem 6. April 1923 entstanden ist und die Lage des Schuldners durch die Erschwerung des Verkehrs „mit den auf Grund des Vertrags von Versailles besetzten links- und rechtsrheinischen Gebieten sowie mit dem während des Friedenszeit durch eine fremde Macht besetzten deutschen Gebiete" wesentlich verschlechtert wurde.

Hauptschriftleiter und verantwortlich für Politik: Alfred Rosenberg; für Bayerische Rundschau und Kommunales: Josef Stolzing-Cerny; für den wirtschaftlichen Teil: Dr. H. Buchner; Kunst und Wissenschaft: Karl Friedrich Weiß; für Bewegung: H. Esser; für den Anzeigenteil: Joseph Huber. Verlag: Franz Eher Nachfolger. — Rotationsdruck: Münchener Buchgewerbehaus M. Müller & Sohn. Sämtliche in München.